

Frankreich nach den Wahlen vom 11. Mai

Von Paul Faure,

Generalsekretär der Sozialistischen Partei Frankreichs

Die jüngsten französischen Wahlen haben den bloc national, das Bündnis für Chauvinismus und Nationalismus in der Außen-, für soziale Reaktion in der Innenpolitik gestürzt. Das ist das Ereignis der Stunde, ein Ereignis von erstklassiger Bedeutung.

Wird die neue Mehrheit den Willen und den Elan haben, die notwendig sind, um das Ergebnis des Sieges zu sichern, um die schwierigen Probleme unserer wirren Zeit zu lösen, die Errungenschaften der Demokratie zu erweitern, die Stimmung Europas zu beruhigen und den Frieden zu organisieren? Im Laufe der kommenden Monate wird sie ihre Probe zu bestehen haben, wenigstens den Anfang der Probe. Ich füge die letzten Worte hinzu, weil jedem, der sich die Mühe macht, zu beobachten und zu überlegen, die allgemeine Lage, besonders aber ihr finanzieller Teil, so kompliziert erscheint, daß er erkennt, daß Jahre, ja vielleicht Jahrzehnte hartnäckiger Anstrengungen notwendig sind, um sie zu entwirren und eine befriedigende Lösung herbeizuführen. Also müssen wir uns zum mindesten freuen, wenn wir sehen, daß die Männer, die jetzt an die Regierung kommen, den guten und festen Willen dazu und Verständnis für das Gemeinwohl haben.

Die Mehrheit, die am ersten Tag der neuen Legislaturperiode durch die Wahl des Kammerpräsidenten ihren Willen bekundete, ist nicht sehr groß. Sie beträgt nur etwas mehr als achtzig Stimmen, aber um gute und nützliche Arbeit zu verrichten, ist es vielleicht nicht notwendig, daß sie größer ist. Wie dem auch sei, die erste politische Abstimmung war klar und eindeutig. Der Kandidat der Linken war Herr Painlevé, einer der Männer, die von der Rechten, besonders von der Action française, am meisten angegriffen worden sind. Der Kandidat der Rechten und der Koalition der Gemäßigten war Herr Maginot, Kriegsminister im Kabinett Poincaré, die Hoffnung des bloc national, ein sehr kampflustiger Herr.

Die fünfundzwanzig Kommunisten haben selbstverständlich für einen ihrer Leute gestimmt, den ehemaligen Deckoffizier Marty,

der im Khakihemd, ohne Krawatte und mit beschmutzten Schuhen — armselige Uniform der Demagogie — nach der Kammer gekommen war. Die Reaktion hätte Freudenrufe ausgestoßen, wenn die Abstimmung der Kommunisten dem Ultrationalisten Maginot die Präsidentschaft übertragen hätte. Glücklicherweise wurde ihre Hoffnung zunichte.

Nach seinem Sieg hielt Painlevé eine mutige Rede, die den Zorn der Rechten entfesselte. Als er sagte, daß das Resultat der Wahlen vom 11. Mai von allen Demokratien mit Freude aufgenommen worden sei, schrie ein Nationalist: „Auch von den Boches!“ Ich erwiderte sofort mit einigen andern: „Ja, ja, von den Deutschen auch!“, und wir dachten dabei an alle aufrechten Demokraten, die in Deutschland wie in Frankreich mit der ganzen Leidenschaft ihrer Seele nach einer Verständigung suchen, damit unsere armen Länder aufhören, sich zu bedrohen und sich zu hassen, und damit sie endlich die wohlthuende Formel für den Frieden finden und damit für die Rettung der europäischen Zivilisation.

Es hat sich also in Frankreich seit einigen Wochen vieles geändert. Es wäre eine Grausamkeit des Schicksals, an die wir nicht glauben wollen, wenn im Augenblick, wo die Stimme der Demokratie und des Friedens bei uns sich erhebt, sie in Deutschland nicht mehr gehört würde. Das ist unmöglich. Man hat uns gesagt und wir haben daran geglaubt und es wiederholt, daß der Nationalismus und die Reaktion im Reich sich aus den Quellen unseres Nationalismus nähre. Wir hoffen, daß sie es jetzt nicht mehr können. Die Freunde des Friedens in der ganzen Welt mögen sich dessen bewußt sein. Die Niederlage des bloc national hat nur einen Sinn und wird für Europa nur dann Früchte tragen, wenn zu gleicher Zeit die deutsche Reaktion besiegt und auf der ganzen Linie zurückgedrängt wird. Dann wird die Welt aufatmen und die Hoffnung in unsere Herzen zurückkehren, die wir in den vermaledeiten Tagen von 1914 verloren haben.

Jetzt, da ich diese Zeilen schreibe, da wir Poincaré und seine Politik geschlagen und dem bloc national den Vorsitz in der Kammer entrissen haben, ist noch ein Werk zu vollführen: Millerand muß aus dem Elysee verjagt werden. Damit beschäftigen wir uns seit dem ersten Juni, seit sechs Tagen. Bis jetzt ist es uns noch nicht gelungen, denn der Mann klammert sich fest. Wir werden noch stärker rütteln müssen, auf die Gefahr hin, seine hohe Person etwas zu beschädigen. Aber die Entscheidung naht. Millerand wird gehen, wie Poincaré gegangen ist. Wenn nicht, müssen wir zu unserm aufrichtigen Bedauern die Schlacht fortführen gegen den Präsidenten der Reaktion. Aber noch einmal: er wird gehen.

Sobald wir das erledigt haben, wird aller Wahrscheinlichkeit nach ein Kabinett Herriot die Macht ergreifen. Aus dem Brief,

der von dem Führer der radikalen und radikal-sozialistischen Partei an den letzten sozialistischen Parteitag gerichtet wurde, kennen wir die großen Linien des Programms der kommenden Regierung. Es schickt sich besonders für uns Sozialisten nicht, uns mit blindem Vertrauen von den Ereignissen treiben zu lassen. Wir müssen mehr denn je tatkräftig und aufmerksam bleiben. Der sozialistische Parteitag hat einstimmig beschlossen, das Angebot der radikalen Partei abzulehnen und nicht in die kommende Regierung einzutreten. Die einzelnen haben aus sehr verschiedenen Gründen diesem Beschluß zugestimmt. Die einen wollten überhaupt nichts von einer Beteiligung der Partei an einer bürgerlichen Regierung hören, die andern, die eine solche Teilnahme nicht unbedingt ablehnen, fanden den Augenblick ungeeignet. Andere endlich wieder glaubten zu ihrem großen Bedauern, daß die Teilnahme nicht möglich sei (sogar wenn sie in der Mehrheit gewesen wären, was nicht der Fall war) wegen der lebhaften Opposition, der die Partizipationisten in den Gewerkschaften, und zwar in den bedeutendsten, begegnet wären. Nachdem die Mitwirkung unter lebhafter Diskussion im Ausschuß abgelehnt worden war, wurde mit derselben Einmütigkeit eine Politik der „Stützung“ der kommenden Regierung beschlossen. Dieser Beschluß war die logische Folge des siegreich gegen den bloc national eingeleiteten Kampfes. Ich kann hinzufügen, daß das von Herrn Herriot in seinem Brief entworfene allgemeine Programm unsere Partei in ihren Absichten und Plänen nur bestärken konnte.

Sein Programm ist, wohlverstanden, nicht so energisch, als die Lage es erheischen würde, und nicht so eng umschrieben, als wir es selbst formuliert hätten. Aber wir sind Sozialisten und die Radikalen eben Radikale. Wie dem auch sei, gegenüber dem Gestern steht ein enormer Fortschritt. Deswegen sollen wir das Programm mit Sympathie betrachten und versuchen, es in die Wirklichkeit umzusetzen, auch wenn es uns nicht ganz befriedigt. Daß unsere Augen auf das ideale Ziel gerichtet sind, darf uns nicht verhindern, den Blick für die Wirklichkeit und den Spielraum der Möglichkeiten zu behalten.

Was in diesem Programm die innere Politik anbelangt, wollen wir unerwähnt lassen. Es verspricht auf dem Gebiete der auswärtigen Politik die Anerkennung der Sowjetrepublik, es redet ohne Spott, mit allem wünschenswerten Ernst von dem Völkerbund und drückt den festen Willen zum Frieden und der internationalen Verständigung aus. Gegenüber Deutschland redet es in einer ganz neuen Sprache. Es entwickelt und präzisiert die Gedanken und Absichten, die Herriot schon in seinem letzten Interview für den „Vorwärts“ angedeutet hat.

Wenn jetzt auf deutscher Seite die Demokratie deutlich und energisch antwortet, ist jede Hoffnung erlaubt. Dann wird die

Ruhr geräumt werden, dann werden bald Verträge über alle gefährlichen Streitfragen abgeschlossen werden, dann wird endlich der Haß entwaffnet sein. Wir wollen gerecht und wollen bescheiden sein. Vor sechs Wochen hätten wir nicht geglaubt, so bald ein solches Ergebnis zu erreichen. Dazu war der zähe, erbitterte, unaufhörliche Kampf der Sozialisten notwendig. Seine praktischen und zugleich hochherzigen Gedanken haben in der letzten Wahlschlacht der ganzen Opposition sozusagen das Kommando gegeben.

Mögen die Sozialisten des Reiches ihre Anstrengungen verdoppeln. Wir haben an sie gedacht, wir haben von ihnen in der Schlacht gesprochen. Wir haben geglaubt, daß das Echo der Stimmen, die sich für den Frieden in Frankreich erheben, sich in Deutschland je mehr verbreiten würde, je zahlreicher die französischen Stimmen sind, und daß es Mut und Vertrauen denen geben werde, die wie wir für die Befreiung der Arbeit und die menschliche Brüderlichkeit kämpfen.

Das ist unser heißester Wunsch.

Anmerkung: Wir konnten den Artikel des Genossen Faure, wie wir bereits mitgeteilt haben, in die Parteitags-Nummer nicht mehr aufnehmen, weil er verspätet eintraf. Er ist teilweise durch die Ereignisse überholt. Wir geben ihn trotzdem wieder, da er die Stellung unserer französischen Parteigenossen zum Kabinett Herriot, an der sich nichts geändert hat, vortrefflich schildert.

Nach dem Parteitag

Von Philipp Scheidemann

Mancherlei Unzufriedenheit in der Partei ist zurückzuführen auf mangelnde Information, auf die oft wechselnde, durch die Situation gebotene, dem Außenstehenden undurchsichtige Taktik, die die Reichstagsfraktion einschlagen mußte.

Viele können sich offenbar immer noch nicht mit dem Gedanken vertraut machen, daß wir eine Partei geworden sind, die täglich praktische politische Arbeit zu leisten hat. Es gibt leider noch Arbeiter, denen das Blasen der Kommunisten auf Kindertrompeten und das Pfeifen auf zwei Fingern Freude macht; aber wie lange? Wer erst Millionen hinter sich hat, muß für diese Millionen auch etwas tun, sonst laufen sie ihm davon. Die Kommunisten werden das bald genug erleben.

Mit der Bedrohung und Beschimpfung aller andern als Lumpen, Schufte, Verräter usw. ist für die kommunistischen Wähler gar nichts getan. Zum Lärm machen kann man auch Papageien

dressieren. Wenn man in Moskau auf den Knopf drückt und der Spektakel geht in Deutschland oder im Reichstag los, so beweist das die Gelehrigkeit unserer Kommunisten, die nur übertroffen wird durch ihren bewundernswerten Gehorsam Moskau gegenüber.

Die Erbärmlichkeit, die darin besteht, daß Millionen deutscher Arbeiter, die ebensowenig wie die russischen Arbeiter einen eigenen Willen haben dürfen, so tanzen müssen, wie in Moskau gepfiffen wird, haben leider die kommunistischen Arbeiter noch nicht erkannt.

Als leuchtende Vorbilder des bolschewistischen Kommunismus werden fortwährend K. Radek und Rosa Luxemburg genannt. Wenn ich absehe von den alten bewährten proletarischen Klassenkämpfern bei den Kommunisten, beispielsweise dem Privatdozenten Dr. Rosenberg und dem Studienrat Dr. Schwarz, so müssen die übrigen Führer offenbar sehr, sehr jung in der Bewegung sein, andernfalls müßten sie wissen, daß sie entweder sich auf Radek oder Frau Rosa Luxemburg berufen können; beide in einem Atemzuge als Parteiheilige zu nennen, ist nicht gut angängig. Rosa Luxemburg hat nicht geruht, bis der aus der polnischen Partei ausgeschlossene Radek auch (1913) aus der deutschen Partei entfernt wurde. Aber hat denn der deutsche Kommunist von heute überhaupt das Recht, sich auf Rosa Luxemburg zu berufen? Nein! Die bolschewistisch-kommunistischen Methoden hat Rosa Luxemburg in der rücksichtslosesten Weise verdammt. Levi zitiert in einer Schrift aus dem Nachlaß der ermordeten Genossin sehr böse Stellen. Sie beschuldigte Lenin, daß er sich völlig in den Mitteln vergreife. „Dekrete, diktatorische Gewalt usw.“, während sie selbst die restlose Demokratie verlangt.

Weil wir Sozialdemokraten den Boden der Demokratie nicht verlassen haben und auch nicht verlassen wollen, werden wir Tag für Tag von denselben Kommunisten beschimpft, die sich gerade auf Rosa Luxemburg berufen!

Die Kernfrage für uns, die wir demokratische Sozialisten sind, ist in Deutschland diese: Stehen wir zum heutigen Staate ebenso wie zu dem Kaiserreich? Darüber sind viele Genossen offenbar noch nicht mit sich selbst ins reine gekommen. Ein Staat, der jedem 20jährigen Menschen, ob weiblichen oder männlichen Geschlechts, das absolut gleiche Wahlrecht gibt, in dem ein Sattlergeselle Präsident, ehemalige Schlosser und Tischler Minister werden konnten, ist doch wohl ein Staat, zu dem wir anders stehen müssen als zu dem Staate Wilhelms II. und seiner Junkerregierungen! An der demokratischen Republik kann niemand so großes Interesse haben wie die Arbeiterklasse. Die Antwort auf die Frage, ob es gleichgültig ist, an der Regierung teilzunehmen oder nicht, sollten die Deutschnationalen in den

letzten Wochen allen Zweiflern doch eingebläut haben. Tag und Nacht sind sie am Werke gewesen, um das Loch zu erbohren, durch das sie in die Reichsregierung hätten schlüpfen können.

In letzter Linie muß die Republik von den Massen verteidigt und gerettet werden; aber bis es zu diesem Aeußersten zu kommen braucht, ist die Teilnahme an der Regierung gleich dem Besitz einer letzten festen Schanze.

Ich bin für die Teilnahme an der Regierung nicht etwa unter allen Umständen; aber ich bin dafür, wenn ein Mindest-Regierungsprogramm, das wir gutheißen können, von den andern Teilhabern akzeptiert wird.

Wenn dieser Standpunkt allgemein geteilt werden könnte — ich halte das für selbstverständlich —, dann können wir ihn so deutlich verkünden und vertreten, daß jedermann weiß, woran er mit uns ist. Aber die Taktik darf nicht ein für allemal praktiziert werden, daß wir außerhalb der Regierung genau so handeln, wie wir in der Regierung handeln würden. Außerhalb der Regierung können und müssen wir gegebenenfalls die schärfste Opposition machen.

Es ist für eine politische Partei auf die Dauer unerträglich, daß die andern Parteien von vornherein sie nur als Objekt behandeln, von dem sie wissen, daß es ihnen erhebliche Schwierigkeiten nicht machen wird, auch dann nicht, wenn man sie bei Regierungsbildungen ganz en bagatelle behandelt. Demokraten, Volkspartei, Zentrum und Deutschnationale verhandelten über eine neue Regierung und hielten es gar nicht für erforderlich, die sozialdemokratische Parteileitung zu fragen, wie sie, die doch die stärkste Partei der Republik vertritt, überhaupt steht.

Die Herrschaften haben sich wohl gesagt: wie wir uns (mit oder ohne Deutschnationale) einigen, ist schließlich gleich, denn die Sozialdemokratie unterstützt uns nachher doch!

Hier liegen Fehler vor, die vermieden werden müssen, deren Beseitigung auch mancher Unzufriedenheit in der Partei den Boden entziehen dürfte. In der Republik, die wir geschaffen, die wir in der Hauptsache bisher geschützt und geschirmt haben, müßte der Normalzustand doch der sein, daß wir in der Regierung vertreten sind, solange wir nicht stark genug sind, sie allein zu bilden. Wo soll denn das Vertrauen des Auslandes zu dieser Republik herkommen, wenn ihre besten und kräftigsten Stützen außerhalb der Regierung bleiben? Ein Blick auf England, Frankreich und Dänemark lehrt, daß diese Kritik nicht etwa nur auf das Verhalten der S.P.D. abzielt, sondern viel mehr die bürgerlich-demokratischen Parteien trifft.

Ein immer wiederkehrender Einwand gegen die Teilnahme an einer Koalitionsregierung ist der: was haben wir denn dadurch

erreicht? Oh, wie kurzsichtig ist das gerade in der heutigen Zeit! Erstens haben wir doch mancherlei erreicht, und zweitens — was in dieser Zeit des Elends ungeheuer wichtig ist —: was haben wir durch unsere Vertretungen in den Regierungen an neuem Unheil für die werktätige Bevölkerung verhindern können! An dem preußischen Beispiel kann doch kein Mensch, der seine fünf Sinne beisammen hat, vorübergehen, ohne zu bemerken, daß es besser ist, wenn Severing Minister des Innern ist anstatt Jarres oder Hergt!

Auf dem Parteitag sind diese Fragen behandelt worden, und zwar, was erfreulich ist, in sachlicher und wirklich belehrender Weise. Hoffen wir, daß die ganze Partei sich bald davon überzeugt, wie leidenschaftslos alle diese Fragen behandelt werden müssen, wenn die Partei nicht großen Schaden erleiden soll. Hermann Müller hatte vollkommen recht, als er in seine Resolution schrieb: die Frage der Teilnahme an Koalitionsregierungen ist eine taktische Frage, keine prinzipielle!

Militarismus und Weltkrieg

Von Eduard Bernstein

Deutschnationale und Völkische haben die Frage der Verantwortung für den Weltkrieg vor den Reichstag gebracht. Die Deutschnationalen am 5. Juni in einer Rede ihres Parteiführers Graf Westarp, die Völkischen in einer Interpellation, die das Datum des 26. Mai trägt. Die Völkischen befehligen sich dabei noch einer gewissen formellen Zurückhaltung. Sie fragen:

„Ist die Reichsregierung bereit, umgehend offiziell und mit allem Nachdruck unter Veröffentlichung aller einschlägigen Akten die Frage der Schuld am Weltkriege aufzurollen, um endlich dem Friedensvertrag von Versailles, dem Londoner Diktat und dem Sachverständigen-gutachten die Grundlage zu nehmen?“

Das stellt zwar die Frage als materiell schon entschieden hin, macht aber doch noch eine Diskussion möglich. Graf Westarp aber beginnt mit Redewendungen, die jede sachliche Diskussion ausschließen. Gleich im zweiten Satzstück stößt man auf das Wort „Schuldflüge?“ und einige Zeilen weiter wird von einem „erlogenen und erpreßten Bekenntnis“ gesprochen, auf Grund dessen das deutsche Volk „dauernd mit der Strafe nationaler Vernichtung und wirtschaftlichen Niederdrucks belegt“ werde. Eine Sprache, die jede vernünftige Diskussion mit den im Weltkrieg alliiert gewesenen Mächten ausschließt. — Ob Graf Westarp, der doch der Staatsmann seiner Partei sein will, sich dessen bewußt war, was die Wirkung dieser Sprache auf der Gegenseite auslösen kann, welchen Elementen in jenen Ländern sie will-

kommenes Material gegen Deutschland liefern mußte, mag dahingestellt bleiben. Bedeutsamer ist die Frage, ob beide, Deutschnationale wie Völkische, überhaupt auch nur einen Augenblick ernsthaft darüber nachgedacht haben, ob die Aktion der deutschen Regierung, die sie da verlangen, wirklich zugunsten Deutschlands ausschlagen werde, ob man nicht vielmehr auch mit der Möglichkeit eines entgegengesetzten Ergebnisses zu rechnen habe. Gewiß, beide Parteien haben mit der Propaganda dieser Idee in Deutschland außerordentlich gute politische Geschäfte gemacht. Ihr vornehmlich verdanken sie den großen Zulauf aus den Reihen nationalistisch verhetzter Volkselemente, ihr zum großen Teil den Gewinn an Wählerstimmen, mit dem sie sich heute bei jeder Gelegenheit brüsten. Einem sehnsüchtig nach Rettung aus drückender Wirtschaftsnot ausschauendem Volke, das nur ganz einseitig über die in Betracht kommenden Vorgänge unterrichtet ist, kann man Wunderwirkungen von Maßnahmen versprechen, die einen Stand der Dinge zur Voraussetzung haben, wie er jenem einseitigen Bilde entspricht. Aber dieses Bild ist, weil einseitig, ein falsches Bild, falsch sind daher auch die aus ihm abgeleiteten Folgerungen, und wo auf Grund ihrer gehandelt wird, bleibt denen, die es gutgläubig tun, selten ein grausames Erwachen erspart. Es kann daher nicht genug zur Vorsicht gegenüber dieser Agitation gemahnt werden. Ihre Flugschriften wimmeln von Unrichtigkeiten, sei es, daß Falsches behauptet, sei es, daß — die schlimmere Lüge — Richtiges und Wichtiges unterdrückt wird.

Schon das Wort „Schuld“ ist unwahr, namentlich, wo es, wie in den meisten dieser Flugschriften, zu „Lüge von der Alleinschuld Deutschlands“ erweitert wird. Das Versailler Friedensdiktat braucht nämlich weder den strafrechtlichen Ausdruck „Schuld“ noch spricht es von einer „Alleinschuld“. Der oft erwähnte, aber selten genau zitierte Artikel 231 des Versailler Diktats, der von der Haftbarkeit für die durch den Krieg verursachten Schäden handelt, lautet vielmehr:

„Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges erlitten haben, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen worden ist.“

Man sieht, statt des strafrechtlichen und dadurch defamierenden Ausdrucks „Schuld“ wird der politisch-rechtliche Ausdruck „verantwortlich“ gebraucht, der eine juristische Haftbarkeit begründet, aber kein moralisches Urteil feststellt. Es kann einer juristisch oder politisch verantwortlich sein ohne deshalb irgendwie moralisch verurteilenswert zu sein. Das ganze Geheul über eine Selbstentehrung, die dem deutschen Volk durch das ihm zur Bedingung gestellte Bekenntnis von Deutschlands Verantwortung auferlegt

worden sei, ist innerlich unwahr und politisch irreführend. Es lenkt von vernünftiger Einschätzung des Geforderten ab.

Als ganz willkürlich stellt sich die Behauptung heraus, daß Deutschland für „alleinschuldig“ erklärt worden sei und dies noch bekräftigen sollte. Jedesmal, wo von der Verantwortung gesprochen wird, heißt es vielmehr ausdrücklich: „Deutschland und seine Verbündeten“. Wie stand es nun damit? Der maßgebende Verbündete Deutschlands war das habsburgische Oesterreich-Ungarn, und daß die Hofburg und der Ballplatz in Wien zum Kriege trieben, bestreitet niemand. Für das Verhalten Franz Josephs, seines Generalstabschefs Conrad von Hötzendorff und seines Kanzlers Berchtold mag man mildernde Umstände plädieren, sie von der Verantwortung freisprechen, ist unmöglich.

Franz Joseph ist bei uns in Deutschland während des Krieges grundfalsch beurteilt worden. Er war durchaus nicht der harmlose Trottel, als den man ihn in den Gesellschaftsräumen des oberen und mittleren Bürgertums verspottete. In wie hohem Grade dieser eigensinnige Monarch für den Ausbruch des Weltkrieges verantwortlich war, zeigt scharf Dr. Heinrich Kanner, der damalige Redakteur der Wiener „Zeit“, die einzige Wiener Zeitung von Bedeutung, die in den Julitagen von 1914 neben der Wiener Arbeiterzeitung dem Kriegstaumel, dem sich Wien hingab, mutig entgegentrat, in seinem 1922 erschienenen inhaltreichen Buch „Kaiserliche Katastrophenpolitik“. In dieser bemerkenswerten Publikation findet man auf Seite 279/280 den Briefwechsel zwischen Wilhelm II. und Franz Joseph abgedruckt, der für die Entstehungsgeschichte des Weltkrieges fast noch wichtiger ist als der Briefwechsel Wilhelms mit Nikolaus II. Wilhelm II., dessen Eifer für Oesterreichs Kriegswillen schon abgedämpft war, agiert am 30. Juli als Vermittler zwischen Nikolaus II. und Franz Joseph und macht diesen auf die Vorschläge des ersteren zur „Abwendung des Weltbrandes“ aufmerksam, wird aber am 31. Juli von Franz Joseph mit der Erklärung abgefertigt, er habe seinen Entschluß — die Weiterführung der Aktion gegen Serbien — im „Vertrauen auf Gottes Gerechtigkeit“ gefaßt, mit der „Sicherheit“, daß Wilhelms Wehrmacht „in unwandelbarer Bundestreue für mein Reich und für den Dreibund eintreten wird“. Eine erstaunlich hochfahrende Ankündigung, die bedeutete, daß Wilhelms II. Bedenken und neue Pläne am Gang der Dinge nichts mehr ändern konnten.

„Auf dieses Ziel“, heißt es bei Kanner, „hatten allerdings inzwischen Wilhelms eigene Militärs hingearbeitet, die mit den Wiener Kriegshetzern eines Sinnes waren“.

In einem „das Eingreifen der Militärs“ überschriebenen Kapitel, das in hohem Grade des Abdrucks wert ist, schildert Kanner das politische Zusammenspiel der oberen Militärs der beiden Reiche. Bei ihm erfährt man allerhand Interessantes darüber, wie die maß-

gebenden Berliner Militärs die vorsichtige Politik des Reichskanzlers Bethmann Hollweg zu durchkreuzen suchten. Als Herausgeber und Redakteur einer großen Wiener Tageszeitung war er so ziemlich über alles unterrichtet, was dort hinter den Kulissen vorging. Der Kern seiner Darlegungen nun wird in einem amtlichen Dokument bestätigt, das vor kurzem in der jetzt in Wiesbaden erscheinenden pazifistischen Wochenschrift „Die Menschheit“ zur Veröffentlichung gelangt ist. Diesem Blatt, das den bekannten pazifistischen Ethiker, Professor Friedrich Förster zum ständigen Mitarbeiter hat, sind, wie es mitteilt, eine ganze Anzahl amtlicher Dokumente von politischer Bedeutung zugegangen, die es, soweit sie sich zur öffentlichen Bekanntgabe eignen, in Zeitabständen zu veröffentlichen gedenkt. Das in Frage kommende Aktenstück steht in der Nummer 8 der „Menschheit“, die vom 24. April d. J. datiert ist, und ist ein Bericht des Königlich Bayerischen Militärbevollmächtigten in Berlin, von Wenninger, vom 29. Juli 1914, überschrieben „Politische Lage und militärische Maßnahmen“ und lautet:

„Nach meinen heutigen Eindrücken ringen hier Kriegsministerium und Generalstab einerseits, Reichskanzler und Auswärtiges Amt andererseits miteinander. Einmütigkeit herrscht nur in der Mißstimmung, daß Oesterreich seine vorbereitenden Maßnahmen so wenig durchgreifend gefördert hat, daß bis zur Eröffnung der Operationen noch etwa 14 Tage vergehen werden.

Der Kriegsminister, unterstützt vom Generalstabschef, wünscht dringend militärische Maßnahmen, die der ‚gespannten politischen Lage‘ und der immerhin ‚drohenden Kriegsgefahr‘ entsprechen würden. Der Chef des Generalstabs will noch weiter gehen; er setzt seinen ganzen Einfluß darein, daß die selten günstige Lage zum Losschlagen genutzt werden solle; er weist darauf hin, daß Frankreich geradezu in militärischer Verlegenheit sich befinde, daß Rußland sich militärisch nichts weniger als sicher fühle; dazu die günstige Jahreszeit, die Ernte größtenteils geborgen, die Jahresausbildung vollendet. Der Kriegsminister und der Chef des Generalstabs begaben sich heute mittag wieder zum Reichskanzler zu längerer Besprechung. Ich hoffe, abends über das Ergebnis zu erfahren.

Diesen treibenden Elementen gegenüber bremst der Reichskanzler mit allen Kräften und wünscht alles zu vermeiden, was ähnliche Maßnahmen in Frankreich und England auslösen und den Stein ins Rollen bringen könnte.

So soll der Reichskanzler auch mit der um einen Tag früher erfolgten Heimkehr Sr. Majestät und mit der Rückberufung aller Flottenteile (auch Schulschiffe) nicht einverstanden gewesen sein und ein unerwünschtes Echo dieser Maßnahmen in der englischen Flottenbereitmachung erblicken.

Nur mit Mühe gelang es dem Kriegsminister, gestern die Zustimmung des Reichskanzlers zur Zurückberufung der Truppenteile in die Standorte durchzusetzen; es gelang dies nur durch den Hinweis auf die gleiche Maßregel in Frankreich. Allgemeine Einberufung aller beurlaubten Offiziere und der Ernteurlauber wurde vom Reichskanzler abgelehnt; der Reichskanzler hat absichtlich auch wichtige Chefs von Zentralbehörden ersucht, im Urlaub zu verbleiben, so Exzellenz v. Tirpitz, Delbrück u. a. Das Kriegsministerium hat alle, der Generalstab die wichtigsten Offiziere gestern einberufen. Der

kommandierende General des XVI. Armeekorps soll, wie mir im Generalstab gesagt wurde, aus eigener Befugnis alle Ernteurlauber einberufen haben. Zutreffendenfalls dürfte vielleicht erwogen werden, ob die gleiche Maßnahme für die bayerischen Truppen in den Reichslanden und in der Pfalz auf Anordnung des kommandierenden Generals des II. bayerischen Armeekorps durchgeführt werden solle.

Die Zivilbewachung der Pfalzbahnen, wie aller Grenzbahnen, ist bereits, wie mir in der II. Abteilung des Generalstabs mitgeteilt wurde, auf dem Wege durch das Reichseisenbahnamt angeordnet worden.

Die Rückberufung aller Truppen von den Truppenübungsplätzen wurde, wie mir der Chef AI sagte, bereits gestern an die drei Kriegsministerien der Bundesstaaten telegraphisch mitgeteilt; in gleicher Weise werden ähnliche weitere Vorkehrungen direkt bekanntgegeben werden. Daß bis auf weiteres auch keine Truppenteile den Standort mehr verlassen dürfen, gilt als selbstverständliche Folge...

Die Redaktion der „Menschheit“ bemerkt dazu, daß das Spiel der Militärs gegen Bethmann Hollweg dem Ausland schon durch die Memoiren Conrad v. Hötzendorffs bekannt ist. Man erfährt nämlich da unter anderem, wie der deutsche Generalstabschef, Graf Moltke, das oben erwähnte Telegramm Wilhelms II. an Franz Joseph hintertrieben hat. Die Sache ist überaus charakteristisch. Berchtold hatte das Telegramm am 30. Juli 1914 morgens nach 8 Uhr zugestellt erhalten und war von ihm gar nicht erbaut. Da beruhigte ihn der herbeigerufene Conrad v. Hötzendorff. Man höre:

„Nun aber war Hötzendorff in der Lage, Graf Berchtold ein Telegramm des k. u. k. Militärattachés in Berlin vorzulegen, worin Moltke u. a. sagen ließ: „... Von England erneuert eingebrachten Schritt zur Erhaltung des Friedens ablehnen. Für Oesterreich-Ungarn zur Erhaltung Durchhalten des europäischen Krieges letztes Mittel. Deutschland geht unbedingt mit.“ Graf Berchtold las das Telegramm, dann rief er aus: „Das ist gelungen! Wer regiert, Moltke oder Bethmann?“ Hierauf las er das erwähnte Telegramm Wilhelms II. vor, um dann sofort zu Hötzendorff zu bemerken: „Ich habe Sie herbitten lassen, weil ich den Eindruck hatte, daß Deutschland zurückweicht — nun habe ich aber von maßgebendster militärischer Stelle beruhigendste Erklärung.“

„Beruhigend“, daß der Friede nicht erhalten werde. Das erzählt der Welt der bundesgenössische Generalstabschef! Glauben die deutschnationalen, völkischen und sonstigen Patentpatrioten wirklich, daß die belgische, englische und französische Regierung, die das alles und mehr wissen und aus eignen Kundgebungen der Betreffenden beweisen können, sich versagen werden, Deutschland dies entgegenzuhalten? Ihnen so viel Dummheit zuzutrauen, ist wirklich unmöglich. Glauben sie es aber nicht, dann ist ihre Agitation ein bodenlos verbrecherisches Treiben, denn es kann Deutschland nur schädigen.

Die Unschuld des deutschen Volkes in seiner großen Mehrheit am Weltkrieg läßt sich dadurch beweisen, daß man, wie Schreiber dieses im Vorfrühjahr 1919 in einer in Holland in den drei Welt-sprachen erschienenen Abhandlung getan hat, als man in Paris noch

über den Inhalt des Friedensdiktats beriet, beweiskräftig aufzeigt, einen wie geringen Prozentsatz des Volkes die Gefolgschaften jener Vereinigungen ausgemacht haben, die man allenfalls der Kriegshetze beschuldigen kann. Neunzig Prozent der erwachsenen Deutschen sind ohne jedes Vorwissen und jeden Willensakt ihrerseits in den Krieg hineingezogen worden.

Man kann auch, wie das Karl Kautsky loyalerweise getan hat, anerkennen, daß die deutsche Regierung, also Wilhelm II. und sein Kanzler Bethmann Hollweg, nicht planmäßig auf den Krieg hingearbeitet und zuletzt ihn zu vermeiden gesucht haben. Das spricht sie zwar nicht von jeder Schuld frei, aber befreit sie von der Anschuldigung, welche aus Ententekreisen gegen sie geschleudert worden war.

Nicht freisprechen dagegen kann man den Militarismus als Kriegsfaktor. Was Kautsky darüber in seiner viel zu wenig gelesenen Schrift „Wie der Weltkrieg entstand“ festgestellt hat, ist durch die inzwischen zur Veröffentlichung gelangten Urkunden nur bekräftigt worden. Das Stück aus den Erinnerungen Hötzendorffs gehört dazu. Er und Moltke verkörpern hier den Geist des Militarismus. Ich will, indem ich das hervorhebe, wiederholen, daß für mich militaristisch und militärisch zwei sehr scharf zu unterscheidende Dinge sind. Militaristisch ist die Uebertreibung des militärischen Wesens, seine Zuspitzung über die ihm in einer Welt, die den Krieg noch nicht überwunden hat, zukommende Aufgabe hinaus zur politisch bestimmenden Macht, ist die Tendenz, die Politik der Nation dem begrenzten Horizont des Militärs zu unterstellen. Diese Tendenz stellt sich überall ein, wo das Militär eine hervorragende Rolle spielt, und hat sich denn auch in verschiedenen der Länder gezeigt, die Deutschland im Weltkrieg gegenüberstanden. Aber nirgends hatte sie eine solche Stärke erlangt, die Geister so stark beherrscht, wie in Deutschland, und daß sie hier trotz der üblen Erfahrungen, welche die Nation ihr zu verdanken hat, noch lange nicht ausgerottet ist, zeigt sich an allen möglichen Erscheinungen des täglichen Lebens.

Die wahre Kriegsschuldfrage, auf die das deutsche Volk die Antwort suchen muß, ist daher die Frage, welche soziale Macht schuld daran ist, daß Deutschland überhaupt in einen Krieg hineinkam, zu dem für es keinerlei Bedürfnis vorlag, und daß dieser Krieg hingezogen wurde, bis Deutschland geschlagen am Boden lag. Wie der erste Teil der Frage zu beantworten ist, kann nach dem Vorgeführten nicht zweifelhaft sein. Daß die Antwort auf den zweiten Teil keine andere sein kann, soll in einem besonderen Aufsatz gezeigt werden. Schon diesem aber ist die in unseren Tagen wieder stark zu beherzigende Lehre zu entnehmen:

„Wehe dem Volke, das dem Militarismus Herrschaft über seine Politik einräumt.“

Das Ende des Fascismus

Von Hanns Erich Kaminski (Turin)

Die Tyrannei ist immer nur ein Koloß auf tönernen Füßen. Die europäische Geschichte, die soviel Freiheitskämpfe hervorgebracht, soviel Märtyrerblut fließen gesehen hat, müßte allen Sinn verloren haben, wenn ihr aufgeklärtestes Jahrhundert für längere Zeit die Diktatur eines einzelnen in einem großen Staate dulden sollte. Das gilt ganz besonders für Italien, dessen temperamentvolle Bevölkerung immer bereit ist, die Erfahrungen ihrer zahlreichen Erhebungen zu erneuern, und wo der tarpejische Fels sich unmittelbar neben dem Kapitol befindet.

Der Fascismus erfüllt dazu keine der Voraussetzungen, die seiner Herrschaft einen dauerhaften Bestand sichern könnten. In der äußeren Politik hat sein Nationalismus bei den schwachen Kräften des Landes nur die Wahl, aussichtslose Schwärmerei zu bleiben oder mit verbrecherischer Blindheit ins Unglück zu rennen. Und in der inneren Politik ist sein „Totalismus“, der keine andern Parteien anerkennen will, um so unmöglicher, als er sich auf keine deutlich profilierte Klasse stützt. Der Mittelstand, dieses molluskenhafte Gebilde, ist weder in seinen Interessen noch in seinen Gefühlen einheitlich genug, um eine beständige Regierung untermauern zu können.

Der Fascismus konnte sich auf den Schultern des Kleinbürgertums an die Macht schwingen, als Kapital und Proletariat gleich schwach waren. Aber die Krise ist nicht der Normalzustand. Die beiden entscheidenden Klassen werden wieder stärker werden, und dann wird Mussolini seine Macht nach zwei Seiten zu verteidigen haben.

Und wenn nicht alle Anzeichen trügen, steht das Ende der Krise nahe bevor. In Amerika wird bereits wieder mit Hochdruck gearbeitet, in England nimmt die Zahl der Arbeitslosen langsam ab, Deutschland, Rußland und Polen haben die Inflationsperiode ziemlich überwunden, und auch in Italien zeigen die Statistiken der Preise, der Arbeitslosigkeit, der Auswanderung und der öffentlichen Schulden, der Dividenden eine sichtliche Besserung. Schließlich werden über kurz oder lang auch die Probleme der deutschen Reparation, der interalliierten Schulden, Rußlands und des Orients, diese eminent wirtschaftlichen Probleme, die nur politische Farbe tragen, gehört werden müssen.

Heute bereits hat der italienische Kapitalismus, wenn sich auch noch nicht völlig erholt, so doch seine schlechteste Zeit hinter sich, und die Ereignisse, die sich gegenwärtig auf dem politischen Feld des Königreichs abspielen, sind in Wahrheit bereits der Kampf der Kapitalistenklasse gegen die Personaldiktatur. Man darf sich nicht dadurch täuschen lassen, daß das Kapital, dessen Hauptorgane in diesem Feldzug der Mailänder „Corriere della Sera“ und die Touriner „Stampa“ sind, sich dabei der demokratischen Ideologie bedient. Das ergibt sich zwingend aus dem logischen Gegensatz zur Diktatur, und ist zudem das einzige Mittel, um das Kleinbürgertum zu gewinnen.

An sich sind die Kapitalisten freilich mit der Richtung der Mussolinischen Politik ziemlich einverstanden, aber ihr sprunghafter, dilettantischer Charakter erscheint ihnen viel zu unsicher, als daß sie ihn auf die Dauer zu ertragen Lust hätten. Das Kapital braucht unbedingt eine technisch gut funktionierende Regierung, und der Fascismus, ganz von seinen Zielen abgesehen, regiert einfach schlecht: das ist vorläufig das größte Hindernis, das seiner Fundierung entgegensteht.

Freilich ist die Haltung des Kapitalismus keineswegs einheitlich. Während die Schwerindustrie und das Agrarkapital den Fascismus in eine immer reaktionärere Sozialpolitik und einen immer stärkeren Pro-

tektionismus zu treiben versucht, wünscht das flüssige Kapital eine Wiederherstellung der Demokratie, die Italien auf die gleiche Stufe mit den großen Westmächten stellte. Bisher ist alles zugunsten der Reichen gegangen, aber es ist nicht ausgeschlossen, daß Mussolini, der vor allen Dingen an der Macht bleiben will, eines Tages zu Zugeständnissen an die Demokratie bereit wäre. Wie weit er dazu imstande sein würde, ist jedoch sehr die Frage. Die Mehrheit der Kammer, die ja in Wahrheit nichts anderes ist als eine Squadristenkaserne, ist zwar durchaus nicht kompakt, aber die orthodoxen Fascisten genügen allein, um die Opposition zu majorisieren, auch wenn sich die Nichtfascisten der Mehrheit mit ihr vereinigen sollten. Und wenn es um die Verteidigung ihrer Privilegien gehen sollte, würden sie gewiß vor nichts zurückschrecken. Bisher haben sich die fascistischen Abgeordneten, die ja fast alle politische Neulinge sind, diktatorialer gezeigt, als dem Diktator selbst erwünscht ist.

Die Opposition rüstet sich denn auch schon, das Beispiel von 1900, als Radikale und Sozialisten unter der Führung Giolittis, Cavalottis und Turatis die Kammer Crispis verließen, zu wiederholen. Sehr leicht möglich, daß damit das Signal zur entscheidenden Schlacht gegeben werden könnte.

Wahrscheinlicher als ein pathetisches Ende oder eine Parlamentarisierung ist jedoch die Auflösung des Fascismus in seine verschiedenen Bestandteile. Schließlich bleiben die Fascisten auch im schwarzen Hemd Italiener, d. h. auch sie sind dem anarchisch-regionalistischen Geist des Landes unterworfen. Schon jetzt werden die Gegensätze in ihren Reihen immer stärker, und Einigkeit herrscht eigentlich nur über ihre Appetite. In den Gewerkschaften läßt sich der Klassengeist auf die Dauer nicht unterdrücken, und die Tyrannei der kleinen Provinzgrößen ruft immer lebhafteren Widerstand hervor. Die freiwilligen und erzwungenen Massenaustritte aus der Partei, die blutigen Zusammenstöße, zu denen es bereits wiederholt gekommen ist, bringen eine Auflösung der Diktatur in einzelne Lokalanarchien durchaus in den Bereich der Möglichkeit. Denn die Gewaltherrschaft in einer Partei ist vielleicht noch unsinniger als im Staate.

Letzten Grundes würde jedoch weder der Triumph des Parlamentarismus noch der Zerfall der Regierungspartei das eigentliche Problem lösen. Dieses Problem ist die Frage, welche Klasse das endgültige Übergewicht in Italien erhält. Der wahre Gegensatz heißt nicht: Fascismus oder Liberalismus oder Parlamentarismus; er heißt: Bourgeoisie oder Proletariat, Kapital oder Arbeit. Dieser Gegensatz wird freilich nicht in dem armen Italien ausgefochten werden. Seine Entscheidung wird in dem Zentrum der Industrie, in erster Linie in England, in zweiter in Deutschland fallen, und Italien wird nur ihr Ergebnis anzunehmen haben, mag es es nun schließlich auf demokratischem oder revolutionärem Wege durchsetzen. Mögen sich die Arbeiter dieser beiden Länder vor Augen halten, daß in ihren Händen nicht nur ihr eigenes Schicksal, sondern auch das Schicksal Italiens, das Europas liegt. Auf das italienische Proletariat dürfen sie dabei zählen. Was ihm an Klarheit und Wissen fehlt, das ersetzt es reichlich durch stolzen Rebellengeist und durch das Bewußtsein einer Tradition, die durch so viele Revolutionen geweiht, durch so viele Opfer geheiligt ist.

Der vorstehende Aufsatz ist das Schlußkapitel eines umfangreichen Buches über den italienischen Fascismus, das binnen kurzem im Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68, erscheinen wird. Die Sicherheit, mit der Kaminski die Zersetzung des Fascismus, wie sie besonders durch die Ermordung Matteottis erkennbar wird, vorausgesehen hat, kennzeichnet seine Urteilsfähigkeit.

Vor zehn Jahren

Die „nationale Bewegung“ rührt sich, die Hurraschreier von 1914 sind an der Arbeit, um den Tag des Kriegsbeginns von 1914 zu feiern. Die „Deutschen Tage“ und die Denkmalsenthüllungen, das alles ist nur ein Vorspiel für Kommendes. Da wird es Zeit, daß auch wir Erinnerungen von 1914 auffrischen. Was damals Opfermut war, soll Opfermut bleiben, aber was damals Phrase, Lüge und Psychose war, das soll auch beim rechten Namen genannt werden. Vor allem schon deshalb, weil gerade diese Unzulänglichkeiten das sind, was den Nationalen von heute des Feierns wert erscheint. Wir aber wollen es stäupen. Um des Vaterlandes willen wollen wir die nationale Pest ausrotten helfen.

Das Ultimatum Oesterreichs.

Das österreichisch-ungarische Ultimatum ist nichts als ein Kriegsvorwand, aber diesmal ein gefährlicher. Wie es scheint, stehen wir dicht vor einem österreichisch-serbischen Kriege. Es ist möglich, sehr möglich, daß wir osteuropäische Brände mit Gewehren löschen müssen, aus Verträgen, oder aus dem Zwange des Tages. Aber es ist ein Skandal, wenn die Reichsregierung nicht in Wien verlangt hätte, daß solche Endgebote ihr vorher vorgelegt werden. Heute bleibt uns nur eins übrig, zu erklären: für Kriege der habsburgischen Eroberungspolitik sind wir nicht verpflichtet.

(Rheinisch-Westfälische Zeitung, 24. Juli 1914.)

Energie, die erschreckend wirkt . . .

Ist das eine Note? Nein. Es ist ein Ultimatum. Und zwar ein Ultimatum in schärfster Form. Binnen vierundzwanzig Stunden verlangt Oesterreich die Antwort. Die Antwort? Nein. Die glatte Unterwerfung, die völlige Demütigung Serbiens. Man hat bisher oft genug (und mit Recht) über Oesterreichs Mangel an Energie gespottet. Hier hat man einen Beweis von Energie, der erschreckend wirkt. Die Note bietet so ziemlich das Aeußerste, was man einer Regierung sagen kann, und man sagt dergleichen nicht, wenn man nicht in jeder Weise zum Krieg entschlossen ist.

(Die Post, 24. Juli 1914.)

(Wohlgemerkt: Das stand in der konservativen „Post“.)

Wer war der Drahtzieher?

Vor der russischen Botschaft in Berlin fanden heute nacht zwischen 12 und 1 Uhr große Menschenansammlungen statt. Es wurde von der Menge gejohlt und gepfiffen, und es erschallten zahlreiche Rufe: „Nieder mit Rußland!“ „Hoch Oesterreich!“ „Nieder mit Serbien!“ Schutzleute drängten die Menschenmassen allmählich zurück. — Diese Ausschreitungen unreifer und gedankenloser Burschen werden von allen ernsthaften und zur Ueberlegung fähigen Leuten auf das entschiedenste verurteilt werden. Wir hoffen, daß sofort Maßnahmen ergriffen werden, um die Wiederholung eines solchen Skandals zu verhindern und die Ruhestörer zur Verantwortung zu ziehen, und wir bedauern, daß solche Maßregeln nicht rechtzeitig ergriffen worden sind.

(Berliner Tageblatt, 26. Juli 1914.)

In Paris — das gleiche.

Paris, 26. Juli. Heute morgen zogen etwa 100 junge Burschen vor die österreichische Botschaft und brachen in Rufe: „Nieder mit Oesterreich! Tod Oesterreich!“ aus. Einer der Demonstranten zog eine schwarz-

gelbe Fahne aus der Tasche, setzte sie in Brand und trat sie mit den Füßen. Schutzleute schritten sofort ein und zerstreuten die Demonstranten. Der österreichische Botschafter erhob sofort am Quai d'Orsay Einspruch gegen diese Kundgebungen und verlangte, daß Maßnahmen getroffen würden, die ähnliche Ausschreitungen unmöglich machen. Der Direktor im Auswärtigen Amt sprach sein Bedauern aus über das Vorkommen und erklärte, die nötigen Vorsichtsmaßnahmen sofort treffen zu wollen. Die Demonstranten begaben sich von der österreichischen Botschaft zur russischen Botschaft, um dort eine Sympathiekundgebung zu veranstalten, wurden aber von der Polizei an ihrem Vorhaben gehindert. (Leipziger Tageblatt, 27. Juli 1914.)

Das Extrablatt des „Lokal-Anzeiger“.

Alarmnachrichten durchschwirren heute noch mehr als in den letzten Tagen die Luft. Der „Lokal-Anzeiger“ verbreitete nachmittag in der dritten Stunde ein Extrablatt mit der Nachricht, daß die Mobilmachungsorder für Heer und Flotte soeben unterzeichnet worden sei. Auf Erkundigung an zuständiger Stelle wurde uns die Nachricht als falsch bezeichnet. Das Extrablatt wurde dann auch nach kurzer Zeit zurückgezogen. Um 3 Uhr verbreitete Wolffs Büro folgendes offizielle Dementi der Alarmnachricht: „Wie wir an zuständiger Stelle erfahren, ist die durch ein Extrablatt des Berliner Lokalanzeiger verbreitete Nachricht, daß Se. Majestät, der Kaiser, die Mobilisierung der Flotte und des Heeres angeordnet habe, unwahr. An der Börse hat das Extrablatt die Aufregung noch verstärkt und auch auf der Straße die Beunruhigung beim Publikum vermehrt.“

(Vossische Zeitung, 30. Juli 1914.)

Politik des „Lokal-Anzeiger“.

Rom, 31. Juli. An der tatkräftigen Entschlossenheit Italiens in diesem Augenblick zu zweifeln, wäre geradezu ein Verbrechen. Italien wird die Erwartungen seiner Verbündeten ohne Zagen erfüllen. Mit diesen Worten hat heute nacht ein mir persönlich befreundeter italienischer Minister die Situation in meiner Gegenwart charakterisiert.

(Berliner Lokal-Anzeiger, 31. Juli 1914.)

Hoffnungen auf Japan.

New York, 31. Juli. Nach hier vorliegenden Meldungen aus Tokio verfolgt man in der japanischen Hauptstadt die Vorgänge in Europa mit äußerster Spannung. Täglich finden in Tokio lange Ministerkonferenzen statt, über deren Inhalt Stillschweigen bewahrt wird. Man hält es hier nicht für ausgeschlossen, daß Japan, wenn Rußland in einen europäischen Krieg verwickelt werden sollte, der russischen Regierung große Schwierigkeiten bereiten wird, um auf diese Weise die inneren Krisen in Japan zu überwinden.

(Deutscher Kurier, 31. Juli 1914.)

Geist von 1914?

In Lichterfelde verlangte ein Kolonialwarenhändler von einer einkaufenden Frau die Bezahlung in Goldgeld. Als die Frau erklärte, nichts anderes als einen Hundertmarkschein zu haben, war er mit der Bezahlung nur dann einverstanden, wenn er zehn Mark Zinsen dafür bekäme. Die Frau ließ sich auch tatsächlich einschüchtern und bezahlte zehn Mark über den Betrag ihres Einkaufs. Auf die sofortige Vorstellung des Ehemannes bei der Polizei erfolgte die polizeiliche Schließung des Ladens. Die erbitterte Menge machte bereits Miene, den Laden zu stürmen.

(B. Z. am Mittag, 2. August 1914.)

Die vaterlandslosen Gesellen

Eine Niederlage wäre gleichbedeutend mit Zusammenbruch, Vernichtung und namenlosen Elends für uns alle. Unser aller Gedanken bäumen sich gegen diese Möglichkeit auf. Unsere Vertreter im Reichstag haben unzählige Male übereinstimmend erklärt, daß die Sozialdemokraten ihr Vaterland im Augenblick der Gefahr nicht im Stiche lassen könnten. Wenn die verhängnisvolle Stunde schlägt, werden die Arbeiter das Wort einlösen, das von ihren Vertretern hierfür abgegeben worden ist. Die vaterlandslosen Gesellen werden ihre Pflicht erfüllen und sich darin von den Patrioten in keiner Weise übertreffen lassen.

(Münchener Post, 1. August 1914.)

Die Juden.

Berlin, 1. August. In verschiedenen Synagogen flocht heute bei der Morgenandacht der Geistliche folgendes Gebet ein: „Meine Brüder und meine Schwestern! Schwere, bitter schwere Ereignisse drohen unserem Vaterlande, bedrohen vielleicht die gesamte Welt. Wie immer der einzelne unter uns von ihnen getroffen werde, wir wollen in unserer Gesamtheit treu zu unserem Lande stehen. Gerade wir Juden wollen zeigen, daß das alte Heldenblut in unseren Adern fließt und daß wir in Jahrtausenden nicht umsonst gelernt haben, Opfer zu bringen. Bisher standen wir in unseres Landes Schutz und Schirm, jetzt, da das Vaterland von uns geschützt und gesichert werden muß, soll es auf uns bauen können. Dazu verleihe uns der Allmächtige Gott seinen Segen und seinen Beistand. Amen!“

(Magdeburgische Zeitung, 2. August 1914.)

„Höchstpreise“.

Berlin, 2. August. Eine ... Bekanntgabe des Oberbefehlshabers (der Marken) warnt vor Lebensmittelwucher und setzt Höchstpreise fest für ein Pfund Roggenmehl 27 Pfennig, Weizenmehl 30 Pfennig, Salz 20 Pfennig. Höhere Preise dürfen nicht verlangt werden. Zuwiderhandelnde Geschäfte werden polizeilich geschlossen.

(Königsberger Hartungsche Zeitung, 3. August 1914.)

„Haut alles entzwei“ — in Hamburg!

Hamburg, 4. August. In den späten Abendstunden wurde das erst vor kurzem in Betrieb genommene Gebäude des neuen Alsterpavillons völlig demoliert. Einige Tage war der Alsterpavillon der Mittelpunkt für alle patriotischen Kundgebungen. Gestern blieb ein Däne beim Absingen der Nationalhymne sitzen, und hierdurch geriet das Publikum in die äußerste Erregung. Man rief dem jungen Manne zu: „Russe! Aufstehen!“ Im selben Augenblick wurde schon auf ihn losgeschlagen, so daß er blutüberströmt aus dem Lokal fortgeschafft werden mußte. Die Erregung wurde dadurch gesteigert, daß ein anderer junger Mann, der Telegramme vorlesen wollte, vom Wirt des Lokals hieran gehindert wurde. Plötzlich rief einer der Begleiter des jungen Mannes: „Er ist vom Wirt hinausgeworfen worden.“ Hierauf wurden sofort Pfuirufe laut. Einer der Anwesenden stieg auf einen Stuhl und rief aus: „Haut alles entzwei!“ In wenigen Sekunden flogen Tische und Stühle durch das Lokal, alles, was nicht niet- und nagelfest war, wurde zertrümmert. Die Menge zertrümmerte die Fensterscheiben vollends. Inzwischen war die Feuerwehr und ein großes Schutzmannaufgebot herbeigerufen worden, das den Alsterpavillon räumte und den Alsterstieg in weitem Umfang absperrte. Eine Anzahl Personen haben leichte Verletzungen erlitten. Verschiedene Verhaftungen wurden vorgenommen.

(B. Z. am Mittag, 4. August 1914.)

Der Schwindel.

Berlin, 2. August. In der Nacht zum 2. August wurde ein feindliches Luftschiff in der Fahrt von Kerprich nach Andernach beobachtet. Feindliche Flugzeuge wurden auf der Fahrt von Düren nach Köln beobachtet. Ein französisches Flugzeug wurde bei Wesel heruntergeschossen.

(München-Augsburger Abendzeitung, 3. August.)

„Cholerabazillen“.

Metz, 3. August. Ein französischer Arzt versuchte gestern mit Hilfe zweier verkleideter französischer Offiziere Brunnen mit Cholerabazillen zu infizieren. Er wurde standrechtlich erschossen.

Diese Meldung klingt so unglaublich, daß man sie für die Ausgeburt einer krankhaften Phantasie halten müßte, wenn sie nicht vom amtlichen Büro als durch die Tatsachen bestätigt verbreitet würde. Wie wir erfahren, sind auch an andern Plätzen im Osten des Reichs Aerzte, die das gleiche Verbrechen zu begehen versuchten, ergriffen und standrechtlich erschossen worden. Für derartige gemeine und nichtswürdige Verbrecher, die den Beruf des Arztes schänden, gehörte u. E. nicht die anständige Kugel, sondern der Strang!

(Deutsche Tageszeitung, 3. August.)

Die gestern mittag vom halbamtlichen Büro verbreitete Meldung über Infizierung eines Brunnens mit Cholerabazillen in Metz stellt sich als eine Erfindung heraus. Um 7 Uhr 45 Minuten abends wurde von dem halbamtlichen Büro folgende Richtigstellung verbreitet: „Die Meldung, nach der gestern in Metz durch einen französischen Arzt der vergebliche Versuch der Infizierung eines Brunnens mit Cholerabazillen unternommen worden sein sollte, hat sich als unrichtig herausgestellt, wie sich auch ähnliche Gerüchte aus andern Städten bisher nicht bestätigt haben. Es liegt also keine Veranlassung zur Beunruhigung vor. Aufmerksamkeit scheint aber weiter geboten.“

(Berliner Tageblatt, 4. August.)

Der vergiftete Müggelsee.

Friedrichshagen, 5. August. Es ist das Gerücht in Berlin verbreitet, daß der Müggelsee verseucht sei. Dieses Gerücht ist vollkommen falsch. Das Wasser ist untersucht worden und als völlig einwandfrei befunden worden.

(Germania, 5. August.)

Was sagt Hitler?

An die deutschen Juden. In schicksalsernster Stunde ruft das Vaterland seine Söhne unter die Fahnen. Daß jeder deutsche Jude zu den Opfern an Gut und Blut bereit ist, die die Pflicht erheischt, ist selbstverständlich. Glaubensgenossen! Wir rufen euch auf, über das Maß der Pflicht hinaus eure Kräfte dem Vaterlande zu widmen! Eilet freiwillig zu den Fahnen! Ihr alle — Männer und Frauen — stellt euch durch persönliche Hilfeleistung jeder Art und durch Hergabe von Geld und Gut in den Dienst des Vaterlandes!

Berlin, den 1. August.

Verband der deutschen Juden.
Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens.

(Frankfurter Zeitung, 3. August.)

Immer wieder die Automobile.

Naumburg, 4. August. Mehrere Kraftwagen mit Damen und Geld, für Rußland bestimmt, sind in der Richtung nach Rußland unterwegs. Die Wagen sind anzuhalten und sofort der nächsten Behörde zuzuführen. (Kölnische Zeitung, 4. August.)

Naumburg, 5. August. Die Insassen der Automobile, die Gold nach Rußland schaffen, sollen das Gold jetzt Radfahrern übergeben haben, die Maurerkleidung tragen. (Das Kleine Journal, Berlin, 5. August.)

Noch nicht „vollinhaltlich bestätigt“.

Eibenstock, 4. August. Bei Muldenberg wurde, wie amtlich gemeldet wird, eine größere Anzahl feindlicher Automobile bemerkt, die sofort nach allen Richtungen auseinanderstoben, als sie sich beobachtet sahen. Die Automobile sollen 25 Millionen Francs in Gold mitgeführt haben, doch ist letzteres noch nicht vollinhaltlich bestätigt.

(Leipziger Neueste Nachrichten, 5. August.)

Ofen-Pest, 7. August. Auf Benachrichtigung durch Breslauer Behörden, daß französische Geldsendungen über Ungarn durch Autos nach Rußland unterwegs seien, wurden gestern abend bei Gran von der Gendarmerie mehrere im rasenden Tempo fahrende Autos angehalten, auf denen über 30 Millionen Francs in Gold für Rußland gefunden wurden. Die Insassen und die Autos wurden den Militärbehörden übergeben.

Amtlich wird mitgeteilt: Die Jagd auf angebliche feindliche Geldautos ist einzustellen. Sie gefährdet die Durchführung des notwendigen Kraftwagenverkehrs für unsere Heeresleitung.

(Berliner Tageblatt, 6. August.)

„Nun aber wollen wir sie dreschen“.

Als der Kaiser nach der gestrigen unvergeßlichen Eröffnung des Reichstags im Weißen Saal des königlichen Schlosses sich von den Abgeordneten verabschiedete, reichte er dem Abgeordneten v. Calker, dem Straßburger Staatsrechtslehrer, als letztem die Hand. Herr v. Calker trug seine Uniform als Major der Gardelandwehr und trat somit dem Monarchen in der Doppeleigenschaft als Mitglied des Reichstags und als Offizier gegenüber. Das mochte den Kaiser veranlassen, gerade ihm gegenüber noch einer besonderen Seite der Empfindungen Ausdruck zu geben, die nach der Wucht der feierlichen Szene, die vorangegangen war, nach der feierlichen Erneuerung des Bundes zwischen Fürst und Volk, wie sie das Gelöbnis der Parteiführer dargestellt hatte, gerade in der Brust des obersten Kriegsherrn leben mußte. Der Kaiser sah Herrn v. Calker einen Augenblick an, dann nach dem Händedruck machte er mit der Hand und mit geballter Faust eine kurze energische Geste, wie einen Hieb nach unten. Und „Nun aber wollen wir sie dreschen!“ rief er vor sich hin, nickte und ging.

(Tägliche Rundschau, 5. August.)

Die Deutschnationalen und der Kronprinz

Uns wird der folgende Brief eines deutschnationalen Parteiführers zur Verfügung gestellt:

Lieber W

Sie sehen dem angekündigten Buch des Kronprinzen über die Kriegsschuldfrage mit großem Mißbehagen entgegen? Nun, über den Zweck des Buches dürften Sie sich im klaren sein: sollten die „Erinnerungen“ dem Kronprinzen den Weg in die Heimat öffnen, so soll das neue Buch in den nationalen Kreisen für den Hohenzollern werben.

Ich begreife vollkommen das Mißtrauen, das Sie gegen den Kronprinzen haben, der, wie Sie schreiben, „in seinem Reden, Schreiben und Telegraphieren etwas gar zu viel von seinem Vater hat“. Und das Gespräch, das Sie zitieren, bei dem er zu einem ausländischen Journalisten sagte: „Ludendorffs Berichte waren im letzten halben Kriegsjahre verlogen bis zum Lächerlichen“, ist allerdings starker Tobak. Ebenso daß er sich nicht scheute, den Brief seines Vaters zu veröffentlichen, in dem dieser gesteht, daß es ihm bei seiner Flucht nach Holland nur um „seine persönliche Sicherheit“ zu tun war. Beides zeugt von einem bedauerlichen Mangel an Takt und Feingefühl. Auch seine Aeüßerungen „gegen die Dolchstoß-Legende“ sind sehr bedenklich. Ueber andere Dinge denke ich allerdings nicht so schroff wie Sie. So sollte man sich nicht daran stoßen, daß die Hohenzollern — Vater und Sohn — sich ihre Bücher von einem Juden schreiben lassen. Um so weniger, da Rosner seine Sache wirklich ganz geschickt gemacht hat und — getreu dem Zollernspruch: *sum cuique* — in dem einen Buch dem Vater (gemeint ist Rosners Buch „Der König“. Red.), in dem andern dem Sohne zu seinem Recht verhilft.

Die Mätressenwirtschaft . . . Ich gebe zu, daß der Kronprinz es selbst für unsere Kreise etwas zu bunt getrieben hat. Aber nachdem er von uns nahestehender Seite aus einen ziemlich deutlichen Wink erhielt, scheint es doch besser geworden zu sein.

Im großen und ganzen halte ich das Mißtrauen unserer Kreise gegen den Kronprinzen, vor allem wegen seiner „liberalen“ Anwandelungen, nicht für berechtigt, und ich stehe durchaus auf dem Standpunkt der „Deutschen Tageszeitung“, die seinerzeit schrieb:

„Der natürliche Tatsachensinn des Kronprinzen äußert sich ganz besonders darin, daß er mit seinem Willen zum „Liberalismus“ — im allgemeinen, nicht im Parteinne verstanden — doch fast immer in der Praxis das Bekenntnis zu den politischen Methoden der Rechten verbindet. Das gilt namentlich von den Fragen unserer auswärtigen Politik, einschließlich der Kriegspolitik, aber auch von dem System unserer inneren Politik . . .“

Ist der Kronprinz nicht — allen liberalen Anwandelungen zum Trotz — vor und während des Krieges mit uns durch dick und dünn gegangen? Ich erinnere Sie an seine Aeüßerungen über die Sozialdemokratie, an sein Verhalten während der Marokkokrise, an seine Telegramme an Oberst Reuter und Deimling während der Zabern-Affäre, an seine Zustimmung zur Frobenius-Broschüre, zur Buchholz-Rede, ich erinnere Sie daran, daß der „liberale“ Kronprinz es war, der vor dem Kriege die Aufführung Gerhart Hauptmanns in Breslau verhinderte.

Und war sein Verhalten während des Krieges nicht das gleiche? Während er sich jetzt als Anhänger des Friedensgedankens hinstellt, ändert das etwas an der Tatsache, daß er während des ganzen Krieges durchaus in unserem Geiste gewirkt hat?! Ich erinnere Sie an die von ihm geforderten Zeitungsverbote, an seine Glückwunschtelegramme: an General von Kleist (anläßlich einer Rede im Herrenhaus gegen das gleiche Wahlrecht in Preußen), an die Hamburger Handelskammer, die sich in einer Resolution gegen die Wilson-Note gewandt hatte, an Reventlow zu seinem Artikel gegen den „Lokal-Anzeiger“-Redakteur Zimmermann, an Bethmann gegen die Flaumacher (Liszt, Delbrück usw.) an den Kaiser mit der Bitte, „diesen Kerl“ (Prof. Delbrück) von der Berliner Universität entfernen zu lassen usw.

Oder hat ihn seine Vorliebe für England etwa daran gehindert, ein begeisterter Anhänger von Tirpitz und von dessen Flottenpolitik zu sein? Hat er nicht, trotz seiner Englandneigung im Reichstag lebhaft Beifall geklatscht, als Heydebrand gegen England vom Leder zog? Und hat er deshalb weniger — zusammen mit Tirpitz — nach dem Besuch Haldanes in Berlin gegen ein Flottenabkommen mit England frondierte? Hat dieser „Pro-Engländer“ nicht an den Prinzen Reuß telegraphiert, er möge möglichst viele „von den dreckigen Engländern“ herunterholen?

Seine Briefe aus Holland, in denen er seine Freude über die wachsende monarchistische Bewegung in Deutschland ausdrückt, sprechen auch nicht gerade dafür, daß er sich nach dem Kriege geändert hat und — daß er auf seinen Anspruch auf den Thron verzichten wird.

Daß der Kronprinz mehr Schneid hat als der Kaiser, hat er am 9. November bewiesen, als er sich leider vergebens dafür einsetzte, mit seinen Truppen die Revolution niederzuwerfen, das leidige Schießverbot wie wir verdammt, und sich — wiederum leider vergebens — bemühte, unter Aufgabe des Reiches wenigstens den preußischen Königsthron für die Hohenzollern zu retten. Und daß er selbst in jenen Tagen nicht den Kopf verlor, bezeugt der Schneid, mit dem er noch auf seiner Fahrt nach Holland die Landsturmkerle anpfiff, die auf die Offiziere zu schimpfen wagten. Auch

klebt er nicht allzu ängstlich an den Buchstaben des Gesetzes, wie er bei der Vermögensschiebung durch das Bankhaus Grußer bewies.

Und wenn er wirklich einmal nicht so wollte wie wir — nun, Ludendorff hat ja gezeigt, wie man den durch anderweitige Einflüsse (Czernins! Red.) „schlapp“ Gewordenen wieder „aufpumpt“. Uebrigens ist unser Einfluß völlig gesichert durch seine Freundschaft und Verehrung für Tirpitz und andere Führer unserer Partei. Auch der Völkischen sind wir durch ihn sicher, denn von ihm laufen die Fäden über Oberst Bauer und Hindenburg zu Ludendorff und Hitler. Sie entsinnen sich, daß, als man seinerzeit — acht Tage vor dem Kapp-Putsch — persönlich bei Hindenburg war und ihm das Amt des Reichspräsidenten anbot, Hindenburg bereit war, dieses Amt als Platzhalter des Kronprinzen zu übernehmen. Dieser Schritt geschah in Uebereinstimmung mit Oberst Bauer, der als Staatschef Lüttwitzens während der Kapp-Tage die Fäden in der Hand hielt.

Zum Schluß noch eins: die Anerkennung der Weimarer Verfassung durch den Kronprinzen und sein Verzicht auf den ererbten Anspruch auf den Thron ist praktisch natürlich ohne jede Bedeutung. Dieser Schritt war notwendig, weil die damalige Regierung ihm sonst jede Geldzahlung gesperrt, und eine Weigerung ihm zudem die Rückkehr nach Deutschland erschwerte, wenn nicht unmöglich gemacht hätte. Daß er in Wirklichkeit nichts von seinem Rechte preisgibt, hat er ja selbst geschrieben: „Gibt jemand, der in großer Not zum Wohle des Ganzen den Verzicht auf ein verbrieftes Recht, erklärt, etwas von dem höheren freien Recht preis, dem Ruf zu folgen, wenn er jemals aus dem Willen der Mehrheit an ihn ergehen sollte?“ (Wenn ich mich recht erinnere, fing Napoleon III. ähnlich an.)

Außerdem dürfen wir zweierlei nicht vergessen: einmal, wir haben keinen besseren, richtiger: wir haben keinen anderen Thronprätendenten. Und zweitens, „der Erbe der preußischen Krone kann gar nicht anders, als der erste Monarchist Deutschlands sein“, schrieb die „Frankfurter Zeitung“ vor zwei Jahren und sagte voraus: „Er wird, sobald man ihn in Deutschland einläßt, der natürliche und gefährliche Mittelpunkt der monarchistischen Propaganda sein“. Nun, diese Voraussage ist bereits jetzt eingetroffen (der verflixte Kerl hat mit seinen Prophezeiungen mehr Glück als ich), wie die begeisterten monarchistischen Kundgebungen beweisen, die dem Kronprinzenpaar verschiedentlich, z. B. bei ihrem Besuch des Reichswehr-Konzerts in Breslau, zuteil wurden.

Spaziergang durch die italienische Kunst

Von Dr. Hermann Hieber

Man hat hin und her gestritten, ob Wilhelm von Bode's Idee der gemeinschaftlichen Aufstellung von Gemälden, Plastik und Möbeln empfehlenswert sei, und man hat die Anordnung des Kaiser-Friedrich-Museums kaum irgendwo anders nachgemacht. Die öden Fluchten von Sälen und Kabinetten, deren Wände bepflanzt sind mit Gemälden neben Gemälden — die Uffizien, der Louvre, das Rijksmuseum seien als Beispiele genannt — und andererseits die unsinnigen Rumpelkammern, die nebeneinander gleich Dutzende von Schränken oder Truhen oder Tischen oder Musikinstrumenten aufreihen — das Kensington-Museum, das Mailänder Castello — mußten allein schon für Bode sprechen. Schließlich sind doch Museen in erster Linie für den Kunstfreund da und nicht für den kunsthistorischen Fachsimpl, der sich mit den Scheuklappen des Spezialistentums gegen jede Gesamtbetrachtung wehrt.

Man wandere nur einmal durch die italienische Abteilung des Kaiser-Friedrich-Museums, und man wird mit Staunen inne werden, wie wichtig es ist, die sogenannten „Freien Künste“ in ihrem Zusammenhang mit den „angewandten“ zu studieren. Nur eine Periode kultureller Anarchie konnte überhaupt darauf kommen, Gemälde und Plastiken vom Kunstgewerbe loszulösen und als die allein wahre Kunst zu preisen. Diese Trennung erfolgt stets auf Kosten der Künste. Freilich, sie ist bis zu einem gewissen Grade vorgebildet in der Hochrenaissance. Damals verfiel man darauf — soweit ich sehen kann, zum ersten Male in der Kunstgeschichte überhaupt —, Statuen und Gemälde um ihrer selber willen anzufertigen: Staffeleibilder, Statuetten, die man beliebig dahin und dorthin stellen konnte. Eine Selbstverständlichkeit für den Menschen des 19. Jahrhunderts, aber kaum für die schlimmste Dekadenzeit des Altertums.

Nur eine völlig entgleiste, kulturell ratlose Gesellschaft konnte auf den Einfall kommen, den bildenden Künsten eine Sonderstellung einzuräumen, das „L'art pour l'art“ aufzubringen. Das ist durchaus nicht im Sinn der Antike und erst recht nicht im Sinn des Mittelalters. Für die orientalische Auffassung hatten Plastik und Malerei dekorative Aufgaben. L'art pour l'art leugnet ja schon die Aufgabe der Kunst. Dekoration aber bedeutet Unterordnung unter einen höheren Zweck. Sei es Kult der Gottheit oder Kult der Weltfreude, der Humanität, gleichviel — die Kunst erscheint angewandt, dienend.

Schon die streng architektonisch gerahmten Altarbilder des 14. Jahrhunderts, des „Trecento“, beweisen es. Und ihr Stil und ihre Menschendarstellung beweisen es erst recht. Die Meister von Siena, die Gaddi, Lorenzetti, Memmi, lieben das kleine Format. Auf Goldgrund, nach byzantinischem Muster, den Goldschmieden, den Mosaikkünstlern folgend, also ans Handwerk unmittelbar anknüpfend, malen sie mit spitzem Pinsel Szenen aus Bibel und Legende, taufen sie nach Duccios, ihres Führers, Beispiel, das byzantinische Eis auf, das seit gut siebenhundert Jahren über der christlichen Kunst gelegen hatte. Während die großen feierlichen Madonnen und männlichen Heiligen, etwa die Ugolinos da Siena, noch das griechische Schema streng innehalten, sozusagen im Mosaikstil malen, werden die Geschichten in kleinem und kleinstem Format dargestellt, ähnlich, wie es die Buchmaler der Zeit, die Miniaturisten, in Frankreich gemacht haben. Man muß sehen, wie auf Simone Martinis „Grablegung“ und auf dem Kreuzigungsbildchen des großen Florentiners Giotto innerhalb streng symmetrischer, architektonisch geschlossener Anordnung die Figuren im einzelnen ihrer Empfindung Ausdruck zu verleihen wagen. Es entsteht da jenes wunder-

volle Gleichgewicht, das wir überall in der Gotik bewundern, vor der Fassade eines Doms, in den Gassen der Altstadt, wo das einzelne Haus sein individuelles Gepräge wahr, ohne den Gesamteindruck auch nur im geringsten zu stören.

Das folgende Jahrhundert, das Quattrocento, hat noch lange an der gotischen Kleinmalerei festgehalten. Man braucht nur an den Bruder Beato Angelico von Fiesole zu denken, den „Cherubischen Wandermann“ von Toskana. Er hat sich formal und seelisch ganz von der Weltfreude des 15. Jahrhunderts abgewendet. Aber die Renaissance hat sich an ihm gerächt. Weder die selbstverständliche Einheitlichkeit der Komposition, noch die Harmonie des Kolorits der Sienesen und der Giotto-Schule hat er erreicht. Die Welt war im Zeitalter der Renaissance kein Paradiesesgärtlein mehr. Die Kunst stellt, schon rein handwerksmäßig, andere Anforderungen. Das Format der Bilder ändert sich. Der Mensch, der als Individuum immer mehr Relief gewinnt, beansprucht eine Größe, wie sie im Jahrhundert zuvor noch nicht einmal den Heiligen eingeräumt worden war. Und da man sich, von wenigen antiken Allegorien abgesehen, noch immer an die kirchlichen Vorwürfe zu halten hat, so vermenschlicht man die Heiligen. Vor allem die Madonna, das Urbild des allermenschlichsten Geheimnisses, der Mutterschaft. Langsam verwandelt sich der kleine Jesus, der kleine Johannes in wirkliche Kinder. Selbst bei Mantegna noch nimmt sich das Christuskind in seinem Hemdchen aus wie ein in allen Proportionen gleichmäßig verkleinerter Erwachsener — so lange wirkt das byzantinische Vorbild weiter! Als Filippo Lippi, auch ein Mönch, aber ein durchgebrannter, den man ruhig eine Nonne hatte heiraten lassen, die Madonna als ein frisches junges Weib aus der Florentiner Bürgerschaft, das Jesuskind als einen runden, pausbäckigen, nackten ein- bis zweijährigen Jungen mit allen Speckfalten malte, muß das wie eine Revolution gegen alles Herkommen, vor allem gegen alle kirchlichen Vorschriften gewirkt haben.

Fra Filippo Lippi ist aber auch noch in einer andern Beziehung merkwürdig. Er ist bereits um die Mitte des 15. Jahrhunderts ausgesprochen romantischer. Die Landschaft, die den Goldgrund verdrängt hatte, war bei Fra Angelico, aber auch bei Benozzo Gozzoli noch im Palazzo Medici byzantisch stilisiert worden, wie man an den Felsen, an den Bäumen erkennen kann. Sie war Staffage gewesen. Fra Filippo erhebt sie zu einem gleichberechtigten Bestandteil der Gesamtkomposition. Es gibt nun mit einem Male Waldbilder, deren Stimmung von denen Schwinds gar nicht stark abweicht. Romantik aber hat stets einen pathetischen Unterton. Sie ist das wehmütige Abschiednehmen von der Natur in dem Moment, wo die Gesellschaft in die modern-kapitalistische, in die großstädtische Entwicklung hineingezogen wird. Die Natur pflegt erst dann besungen und gefeiert zu werden, wenn sie aufhört, eine Selbstverständlichkeit zu sein. Die Landschaft bei den Venezianern — bei Antonello da Messina etwa —, bei dem jungen Raffael, aber auch bei Dürer und seinen Nachfolgern ist doch offenbar mit dem sehnsüchtig idealisierenden Auge des Stadtbürgers gesehen.

Die Beziehungen zum Handwerk sind in der Frührenaissance besonders innig gewesen. Masaccio, die frühverstorbene Bahnbrecher des neuen Naturgefühls in Florenz, hat auf eine runde Holzscheibe den Besuch von Patrizierfrauen bei einer vornehmen Wöchnerin gemalt. Es ist nichts anderes als ein Holzteller, wie man ihn, mit Geschenken beladen, den Wöchnerinnen zu verehren pflegte. Höchstwahrscheinlich hat diese Tellerform Anlaß gegeben zu den zahllosen „Tondi“, den Rundbildern, zu denen auch mehrere Raffaelsche Madonnen zählen. Ebenso wie man die „Geburtsteller“ von namhaften Künstlern bemalen ließ, gab man ihnen die Schmückung der Brauttruhen, der „Cassovi“,

in Auftrag. Viele Figurenbilder des 15. Jahrhunderts, die heute als Gemälde bewundert werden, haben ursprünglich zur Zierde von Truhen dienen müssen — freilich von so vollendeten Stücken, wie wir sie im Kaiser-Friedrich-Museum zwischen Statuen und Gemälden bewundern. Türklopfer, Leuchter, Münzen zu entwerfen schämte sich auch der berühmteste Plastiker nicht, und dann gibt ja die Werkstatt der Della Robbia Aufschluß über die zielbewußte und sicher auch geschäftstüchtige Art, in der ein Zweig der Plastik mit Hilfe einer Vervielfältigungsmethode — des Terrakottabrandes — gewerblich, ja man könnte beinahe sagen industriell, ausgebaut werden konnte. Allein schon die Rundform — nicht zu reden von der reichen Rahmung — dieser Reliefs in Ton und Marmor weist auf einen ganz bestimmten Platz an der Wand des Palastes, mithin auf eine dekorative Bestimmung.

Mit dem Eintritt ins 16. Jahrhundert setzt sich mehr und mehr das Staffeleibild durch. Zugleich schwindet die fröhliche Buntheit des Kolorits. Wie flau, wie müde und gleichgültig muten uns die letzten Florentiner an, die Venezianer nach Giovanni Bellini und Giorgione! Wie ist es nur möglich, daß man einst die Akte von Tizian und Palma, die gedankenlos hingestrichenen Riesenschwarten von Tintoretto so hat bewundern können! Was bleibt selbst von Tizians berühmtem Selbstbildnis, was von seiner Lavinia noch übrig! Wer wie Leonardo und Botticelli ein ernsthafter fühlender Mensch geblieben ist in dieser Periode der allgemeinen Erschlaffung, der läßt die tiefen Schatten des Todes auf seine Gestalten fallen. Und todestraurig, hoffnungslos vergrämt blicken selbst die jungen Menschen, die Bronzino oder Franciabigio gemalt haben, aus ihren Rahmen. Glücklicher Raffael, den ein gütiges Geschick hinweggerafft hat, ehe er wie Michelangelo erkennen mußte, daß ein Wurm an der Frucht dieses scheinbar so köstlichen Lebens der Hochrenaissance nagte!

WIRTSCHAFTLICHER RUNDBLICK

Eine Stützungsaktion am Effektenmarkt

Die Besitzer deutscher Aktienpapiere erleben gegenwärtig böse Tage. An den Effektenbörsen werden Tiefkurse notiert, wie man es wohl nie für möglich gehalten hätte. Denn, daß man noch einmal eine Aktie der Deutschen Bank (Nominalbetrag 1000 M. im Verhältnis zum Friedenskapital 40% Gold) für 70 Mark würde kaufen können, ahnte auch der größte Pessimist nicht. Eine 1000-M.-Aktie der AEG. ist schon für 60 und eine solche von Daimler für 15 M. zu haben. Selbst für sogenannte schwere Montanpapiere wie Deutsch-Lux und Gelsenkirchen, deren Kapital keine Verwässerung erfuhr, braucht man höchstens 400 M. auszugeben, um ihr Besitzer zu werden. Die Aktien der Berliner Handelsgesellschaft, eine der solidesten deutschen Großbanken, mit nur erstklassigem Kundenkreis, deren Aktienkapital seit 1908 keine Veränderung erfuhr, notierten in der verflossenen Woche 15% und darunter. Das sind nun die besten Papiere, und jeder kann sich einen Begriff machen, wie es mit den minder guten aussieht. Die „Frankfurter Zeitung“ brachte eine Zusammenstellung von 40 verschiedenen, durchweg guten Papieren. Danach kann man für 1 050 000 G.-M. 10 606 Stück Aktien kaufen. Das würde für jede Aktie einen Durchschnittspreis von 10 M. ergeben. Das aktienbesitzende Publikum warf seine Bestände

in Massen auf den Markt: Da wenig oder gar keine Käufer vorhanden waren, trieb ein Keil den anderen, bis es zu dem nie dagewesenen Tiefstand kam. — Schon länger beriet man eine Stützungsaktion; sie ist in der letzten Woche zur Tatsache geworden. Innerhalb der Berliner Stempelvereinigung wurde ein Stützungsconsortium ins Leben gerufen, dem eine Summe von 4 Goldmillionen von den Großbanken zur Verfügung gestellt wurde. In Wien ist vor zwei Monaten eine Intervention ähnlicher Art begonnen worden. Die Situation in Wien ist der an den deutschen Börsen verwandt, wie überhaupt in den Krisensymptomen beider Länder eine ziemliche Uebereinstimmung besteht. Bei der Bildung des Interventionsconsortiums in Wien erklärte sich die österreichische Regierung bereit, einen Interventionskredit von 300 Milliarden Kronen zur Verfügung zu stellen. Das Wiener Großbankensyndikat beabsichtigte, eine Summe von 200 Milliarden bereitzustellen. Diese Summen wurden in dieser Höhe nicht eingezahlt, sondern man versuchte mit bedeutend niedrigeren Beträgen auszukommen, was auch gelungen ist. Der Betrag von 4 Millionen Goldmark, den die Berliner Stempelvereinigung zur Verfügung stellt, erscheint klein. Und bei einigermaßen normalen Kursen wäre in der Tat nicht viel mit ihm anzufangen. Aber bei diesem Kurstiefstand kann selbst, wie die Berechnung der „Frankfurter Zeitung“ zeigt, mit 4 Millionen Goldmark sehr viel gemacht werden. Schon allein die Tatsache, daß die Möglichkeit einer organisierten Intervention vorhanden ist, wirkte in den ersten Tagen der Stützungsaktion beruhigend. Die Tendenz der Kursentwicklung nach unten kam sogleich zum Stillstand, was immerhin einen bemerkenswerten Fortschritt bedeutet. Die Angstverkäufe des Publikums ließen sofort nach. Eine Beurteilung der Stützungsaktion und ihrer Wirksamkeit ist zur Stunde noch nicht möglich. — Vergessen sollte man aber beim Ueberblicken der Börsenkrise nicht, daß sich hinter dem Nebelschaden dieser Krise ein gigantischer Umwälzungsprozeß innerhalb der besitzenden Klassen abspielt. Die breite Schicht der Aktienbesitzer aus der Inflationszeit ist längst nicht mehr vorhanden. Die kleinen Spekulanten, die sich vor der Geldentwertung durch Aktienkäufe zu schützen suchten, haben sich ihrer Papiere längst entledigt. Aber selbst die alten Aktienbesitzer wurden in den letzten Wochen erbarmungslos expropriert. Die Geldknappheit sog außerdem wie eine gewaltige Pumpe die Aktienbestände aus den Geldschränken. Finanzsyndikate und Großbanken nahmen die umherirrenden Aktienpakete auf. Der freie Aktionär im Range der Vorkriegszeit besteht längst nicht mehr. Nicht zuletzt wird auch in dieser Entwicklungsperiode die Konzentration des Kapitals gefördert. Es ist ein Merkmal der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, daß letzten Endes alles in einen Vorteil der Großen umschlägt.

Albert Vögler Eine der bedeutendsten Persönlichkeiten im Stinnes-Konzern ist Albert Vögler. Neben Friedrich Minoux war er Generalgebieter in diesem Warenhaus für Sachwerte. Da er einen eigenen Kopf hat, vermochte er sich auch gegenüber Stinnes durchzusetzen. Er wurde schon immer mit wichtigen Missionen betraut und saß im Aufsichtsrat zahlreicher Gesellschaften des Konzerns. Sein Haupttätigkeitsfeld war aber die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-A.-G., wo er den Posten eines Generaldirektors inne hatte.

Nach Stinnes Tode und infolge des Ausscheidens von Minoux ist Vögler fast die einzige kraftvolle Persönlichkeit im Konzern, der man außerdem montanindustrielle Kenntnisse nachsagen kann. So ist es verständlich, daß Vögler in immer höhere Stellen im Stinnesreiche emporrückt. Jetzt hat er seinen Posten als Generaldirektor von Deutsch-Lux niedergelegt. Dafür trat er in das engere Präsidium der Siemens-Rheinlbe-Schuckert-Union ein. Diese größte aller Interessengemeinschaften wurde früher von Stinnes, Kirdorf und C. F. von Siemens geleitet. An Stinnes Stelle trat jetzt Vögler, der der S.-R.-S.-Union auch schon früher angehörte. Auch sonst fungiert Vögler als Generalbevollmächtigter der Dynastie Stinnes. Die Stelle des Präsidenten der Alpine Montan-Gesellschaft in Oesterreich war ebenfalls durch den Tod von Stinnes verwaist. Man konnte gespannt sein, wer auf diesen größten und wichtigsten ausländischen Aktivposten des Stinnes-Konzerns berufen werden würde. Die vor kurzem stattgefundene Generalversammlung der Alpine wählte den bisherigen Vizepräsidenten Camillo Castiglioni zum Präsidenten und Albert Vögler zum Vizepräsidenten. Da Castiglioni kein Montanfachmann ist und in der Zusammensetzung des Aktienkapitals der Alpine keine wesentliche Veränderung eintrat, kann man Vögler als den Kopf der Alpine betrachten. Andere wichtige Posten des österreichischen Teils des Stinnes-Konzerns gingen ebenfalls auf Vögler über. Da Vögler außerdem im Reichsverband der deutschen Industrie und in der Fraktion der Deutschen Volkspartei usw. eine wichtige Rolle spielt, kann man in ihm in der Tat einen vollwertigen Nachkommen des Konzernkönigs Stinnes sehen.

Genossenschaftliche Konzentration. Die GEG im Jahre 1923

Vor kurzem hat die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine ihren Geschäftsbericht herausgegeben. Er spiegelt in seinen Ziffern das abnorme Wirtschaftsjahr 1923 wider. Der Erlös von 13 799 071 745 Milliarden Mark aus dem Verkauf ist beachtenswert, selbst im Zustand des Milliardenstaumels. Aber diese Ziffer kann keinen irgendwie zuverlässigen Maßstab zum Vergleich mit früheren Geschäftsjahren abgeben. Auf ihren reinen Goldwert zurückgebracht, würde sie beweisen, daß das Gesamtergebnis sehr viel geringer war als in irgendeinem Jahre des verflossenen Jahrzehnts, trotzdem an manchen Tagen in der Bankabteilung der GEG über 100 Personen, außer dem regulären Personal, lediglich mit Geldzählen beschäftigt waren! Daß bei einer Geldentwertung, wie wir sie erlebt haben, ein über das ganze Reich zerstreuter Betrieb ungeheuren Schaden erleiden mußte, liegt auf der Hand. So lesen wir im Bericht: „Was sich seit Anfang September 1923 bis zum 20. November 1923 abgespielt hat, grenzt an das Treiben in einem Tollhause. Jeden Tag, jede Stunde stand man einer andern, aber jedenfalls einer immer schlechteren Situation gegenüber.“ Angesichts dessen muß man sich nur wundern, daß in der Zahl der Mitglieder eher ein Aufschwung zu verzeichnen war. Ein Beweis dafür, welche Zugkraft der Genossenschaftsbewegung innewohnt. Was die GEG unter den Verhältnissen im besetzten Gebiet zu leiden hatte, wird einem klar, wenn man bedenkt, welche Menschenmassen im Industriegebiet zusammengedrängt sind und welchen Aufschwung die Konsumgenossenschaftsbewegung dort genommen hatte. Durch die scharfe Abtrennung des besetzten Gebiets

von dem übrigen Deutschland war die GEG nicht in der Lage, Belieferungen irgendwelcher Art vorzunehmen. Es mußten Zweigabteilungen der Hamburger Muttergesellschaft geschaffen werden, die die Warenverteilung und -belieferung übernehmen mußten. — Die Produktionsbetriebe, von denen einige im Berichtsjahre gegründet wurden, hatten natürlich ebenfalls unter der Ungunst der Verhältnisse zu leiden. — Insgesamt wurden in den Produktionsbetrieben am Schlusse des Jahres 1837 Personen, ferner 64 Heimarbeiter beschäftigt. Die GEG schütete sogenannte Einkaufsvereinigungen, deren Zahl 60 betrug und die sich über das ganze Reich verteilten. Auf den Einkaufstagen dieser Vereinigungen treffen sich die Leiter der Genossenschaften eines Bezirks zum Einkauf. Der Geschäftsbericht der GEG bietet ein treffliches Bild der deutschen Wirtschaftslage im verflossenen Jahr. Er läßt außerdem die Schwierigkeiten erkennen, die ein solches Unternehmen in hartnäckigem Kampf mit der Konkurrenz zu überwinden hat. Aber der Wirtschaftler freut sich, hier an einem lebendigen Beispiel die ungeheure Kraft organisierter Volksgenossen so sinnfällig verwirklicht zu sehen. Im Berichtsjahr spielte die Forderung nach einer Preiskontrolle durch Arbeiterausschüsse eine große Rolle in der kommunistischen Agitation. Man muß sich wundern, daß die Dutzend-Agitatoren nie davon redeten, wie restlos die Preiskontrolle in den Konsumgenossenschaften verwirklicht ist und wieviel besser es wäre, wenn jeder Arbeiter der Genossenschaft als Mitglied angehörte. Man darf der Generalversammlung der GEG, die am 26. Juni in Ulm stattfindet, mit Spannung entgegensehen.

Mercur.

RANDBEMERKUNGEN

Kriegsminister Nollet

Die Ernennung des Generals Nollet zum Kriegsminister des Kabinetts Herriot wird von der deutschen Rechtspresse mit einem Gemisch von Wut- und Triumphgeheul begrüßt. „Der ärgste Kriegshetzer und schamloseste Militarist . . . der leider nicht gelegentlich den Lohn bekommen hat für die Gemeinheiten, die er dem deutschen Volk angetan hat!“, schreibt die „Deutsche Zeitung“. „Jeder Einsichtige weiß nun, wessen er sich von der französischen Linksregierung zu versehen hat, und das ist gut so!“ sekundiert voller Befriedigung die „Kreuzzeitung“.

Ist die Berufung des bisherigen Chefs der Interalliierten Militärkontrollkommission wirklich ein Be-

weis für chauvinistische Tendenzen des Kabinetts Herriot? Die deutsche Rechtspresse macht sich die Beantwortung dieser Frage leicht, indem sie in oberflächlicher Weise den Mann mit seinem Amt identifiziert. Die Entwaffnung durch Beauftragte fremder Mächte ist eine der vielen Demütigungen Deutschlands durch den Versailler Vertrag. Einen Rückschluß auf die politischen Anschauungen General Nolllets kann man jedoch unmöglich aus der Tatsache ziehen, daß er dieses Amt übernommen hat, sondern nur aus der Art, wie er seine Vollmachten gebraucht hat. Und da ist zu sagen, daß im Gegensatz zu den Namen Le Rond, Degoutte, Gérard usw., mit denen jeder Deutsche eine Unzahl eigenmächtiger Willkürakte verbindet,

dem General Nollet nicht einmal in den Kommentaren der deutschen Rechtspresse eine willkürliche Ueberschreitung seiner Befugnisse vorgeworfen wurde.

Wäre Nollet wirklich der Deutschenfresser und böswillige Chauvinist, als den ihn unsere Rechtsblätter darstellen, so hätte er Deutschland noch ganz andere Knüppel zwischen die Beine werfen können. Ein Mann, der, wie Nollet, so restlos über jeden, aber auch wirklich über jeden „geheimen“ Vorgang in all den zahllosen rechtsradikalen Organisationen unterrichtet war, hat sich offenbar nicht seinen Herrn und Meister Poincaré zum Vorbild genommen, der eifrig bestrebt war, aus jeder Mücke einen Elefanten zu machen; sonst hätte er es nicht unterlassen, die Soldatenspielerei der schwarzen Reichswehr als Schreckgespenst für den französischen Spießherren gründlich auszunützen. Diese Soldatenspielerei ist eben keine Gefahr für ein waffenstarreres Frankreich, sondern lediglich für die deutsche Republik. Auch die Absicht, Zwischenfälle zu provozieren, war bei Nollet offenbar nicht vorhanden.

Es wäre nun freilich ein großer Irrtum, wenn man annehmen wollte, General Nollet sei von Herriot zum Kriegsminister ernannt worden, um eine möglichst milde Handhabung der Militärkontrolle zu gewährleisten.

Ministerpräsident Herriot hat vielmehr in einer seiner ersten Kundgebungen scharfe Durchführung der Militärkontrolle, Einschreiten gegen die Turnvereine, die angeblich als Deckmantel militärischer Ausbildung dienen, und unerbittliche Strenge gegen die deutschen Nationalisten angekündigt. Herriot will sich hierbei die Kenntnisse, die Nollet in Deutschland gesammelt hat, zunutze machen.

Also doch Chauvinismus? Aber in der gleichen Regierungserklärung proklamiert Herriot als Hauptpunkt seines großen Reformpro-

gramms den Abbau des französischen Militarismus: „Verkürzung der Militärdienstzeit und Uebergang zum Milizsystem im Sinne der Vorschläge des ermordeten Genossen Jaurès!“

Herriot und Nollet, den auch der deutschnationale „Tag“ nach seinen politischen Anschauungen der demokratischen Linken zuzählen muß, erstreben also letzten Endes nicht wie das gestürzte Regime Millerand-Poincaré die einseitige Entwaffnung Deutschlands, sondern eine gleichzeitige Rüstungsminderung Frankreichs als Vorstufe zur allgemeinen Abrüstung.

General Nollet als Kriegsminister eines abrüstenden Frankreich wird vielleicht geneigt sein, einen strengeren Maßstab an die Entwaffnung Deutschlands anzulegen als zur Zeit des Höhepunktes des französischen Militarismus. Ministerpräsident Herriot, der seine grundstürzenden militärischen Reformprojekte sicherlich nur gegen den wütenden Widerstand des bloc national durchsetzen kann, wird natürlich ganz besonders bestrebt sein, den Vorwurf einer Gefährdung der französischen Sicherheit zu entkräften. Zu diesem Zweck bedient er sich bereits der Autorität des Generals Nollet, den er in seiner Erklärung im „Matin“ den besten Kenner der militärischen Lage Deutschlands genannt hat.

Für deutsche Gemüter ist es freilich im ersten Augenblick etwas beängstigend, daß sich Herriot als Vollstrecker seiner großzügigen Abrüstungspläne einen — General gewählt hat! Solchen pazifistischen Gedankengängen steht eben das französische Offizierkorps ganz anders gegenüber als das deutsche. Gewiß gibt es auch im heutigen Frankreich zahllose Offiziere, die noch von keinem Hauch fortschrittlicher Ideen berührt sind. Aber die dritte französische Republik hat es dennoch verstanden, wenn auch erst nach zwanzigjährigem Zögern und den bitteren Erfahrungen des Boulanger-Rummels und der Affäre Dreyfus, durch

eine eiserne, konsequente Personalpolitik ihrer Kriegsminister Gallifet und André usw., einen Stamm modern gebildeter und überzeugt republikanischer Offiziere heranzuziehen, auf den sie sich unbedingt verlassen kann. Dieser Kern des französischen Offizierkorps hat sich auch durch das Erstarken der Reaktion in der Armee unter dem Regime Poincaré-Millerand nicht austilgen lassen.

Es liegt also kein Grund vor, von vornherein zu befürchten, daß das Ministerium Herriot durch die Ernennung des Generals Nollet eine militaristische Färbung erhalten werde. Auch von dem neuen französischen Kriegsminister gilt, was Stresemann über das ganze Kabinett Herriot erklärt hat: Man müsse ihm ohne Illusionen, aber auch ohne Voreingenommenheit gegenüberstehen!

Kleine Wahrheiten

Der unritterliche Kronprinz. „Unser Kronprinz, eine stolze Gestalt, die Verkörperung des monarchischen Gedankens ... in Hauptmannsuniform, nahm an der Feier teil und schritt mit dem Prinzen Eitel Friedrich, der Majorsuniform trug, und den Generalen die Front ab.“ So berichtet die „Deutsche Zeitung“ in ihrer Nummer vom Sonnabend, den 14. Juni 1924 über die Denkmalsweihe beim ersten Garderegiment. Darf man fragen, darf man vor allem den Herrn Reichswehrminister fragen, in welcher Eigenschaft der Kronprinz die Front abgeschritten hat, eine Front, an der auch die Traditionskompagnie und damit republikanische Reichswehr beteiligt war. Nach Gesetz und Verfassung hatte der Kronprinz dazu nicht mehr Recht, als dies seinerzeit der Hauptmann von Köpenick gehabt hätte. Man könnte sich damit zufrieden geben, daß der einstige Kronprinz, der Hollandflüchtling, der durch die Gnade eines republikanischen Ministeriums unter der selbstverständlichen Voraussetzung würdigen Benehmens

Wiederzugelassene sich durch törichte Maskenscherze blamiert. Aber da die Staatsfeinde mit dem frontabschreitenden Kronprinzen Propaganda machen und da dieser schützenbrüderliche Exhibitionismus der Republik außenpolitischen Schaden zufügt, können wir uns nicht darauf beschränken, das unritterliche Benehmen des einstigen Kronprinzen gegenüber Herrn Stresemann zu kennzeichnen, wir müssen vielmehr sehr energisch vom Reichswehrminister verlangen, daß er diesem vaterlandsschädlichen Treiben der durch die Revolution nicht beschädigten Mitglieder des einstigen Hauses Hohenzollern schleunigst ein Ende bereite. Das rudelweise Auftreten dieser Herren und Damen muß — wenn nicht durch die eigene Scham — dann durch andere Mittel verhindert werden.

Nationaler Landesverrat. Daß die Nationalen um ihrer Parteiinteressen willen Deutschland verraten, zehnmal, tausendmal verraten, daran haben wir uns mittlerweile gewöhnt. Wir begnügen uns damit, gelegentlich besonders verbrecherische Exzesse zu registrieren.

Nachdem sich im Reichstag eine Mehrheit für die Außenpolitik der Regierung Marx zusammengefunden hat, bemühen sich die Nationalen, dem Ausland, dem Vertragsgegner Deutschlands, klar zu machen, daß die Regierung Marx eine verfassungswidrige Regierung sei, eine Regierung, deren Verträge für Deutschland nichts bedeuten könnten, und mit der zu verhandeln, sich für das Ausland nicht lohne. Das Blatt des Herrn Wulle bringt einen Artikel seines Mitverschwörers Graefe: „Die Reichsregierung Marx, Stresemann hat sich unter rechtswidrigsten Verfassungsbruch. Sie ist deshalb keine verfassungsmäßige Regierung ... Ihre Handlungen besitzen weder dem Inlande noch dem Auslande gegenüber Rechtskraft ... Sie ist eine Putschregierung übelster Sorte.“ Die „Deutsche Zeitung“, das Blatt des Herrn Justizrat Claß: „Keine verfassungsmäßige ... und daß es ihr

nicht zusteht, irgendeine Entscheidung zu treffen ... Alle Vereinbarungen, die diese Regierung mit andern Staaten trifft, absolut hinfällig und kraftlos ... Dies von neuem ausdrücklich zu betonen, damit die Regierungen der beteiligten Staaten eines Tages vor Ueberraschungen und Enttäuschungen stehen.“ Im gleichen Sinne arbeitet Herr Hergt, wenn er dem Korrespondenten der Hearst-Presse erklärt, daß die Regierung Marx innerhalb eines Monats gestürzt sein werde; wozu dann der „Lokal-Anzeiger“ des Herrn Hugenberg bestätigend nickt: „Kein Mensch weiß, ob sie auch nur bis zum 24. Juni dauern wird.“ Und dergleichen nennen dann diese Halunken vaterländisches Verhalten. Man möchte sie auf eine Zukunftshoffnung der „Deutschen Zeitung“ verweisen: „Sollte aber die Zeit erst da sein, und zum Beispiel hier in Berlin, etwa auf dem Reichskanzlerplatz, dem Kurfürstendamm, in der Grenadierstraße, im Friedrichshain ... öffentliche Prügelbänke stehen ...“

Konkurrenzkampf der völkischen Häuptlinge. Das Blatt des Herrn Claß, des Mördernachbars, schreibt über Herrn v. Graefe, den Putschreisenden (am Freitag, den 6. Juni): „Es gehört zu den bedauerlichsten Erscheinungen in der Entwicklung unserer nationalen Sache, daß sie immer wieder durch den Unverstand von Männern gefährdet wird, die ihre Gefühle nicht im Zaume zu halten vermögen, und die nicht begreifen, daß die Fähigkeit, Leidenschaften zu entfesseln, nicht den Staatsmann ausmacht.“

Am 7. Juni schreibt das gleiche Blatt, Herrn Wallraf kritisierend, weil er den vergifteten Vertrauensantrag der Deutschvölkischen nicht zuerst abstimmen ließ: „Es bleibt ein Rätsel ... Man kann sich dem Eindruck nicht verschließen, daß sowohl der Reichstagspräsident, als auch vielleicht ein Teil der deutschnationalen Abgeordneten, einen Versuch unternahmen, den sofortigen Sturz der Regierung zu vermeiden, und man versteht, daß sich nament-

lich in den Kreisen der Nationalsozialisten eine starke Empörung geltend macht.“ Die Häuptlinge murren gegeneinander. Auch Herr Hergt hat mit dem Kopfe genickt, als Marx erklärte, er habe alles getan und sich die größte Mühe gegeben, die Deutschnationalen für die Regierung zu gewinnen. Hergt nickte und gedachte des feierlich fortgeschworenen Widerstandes der Fünfunddreißig in der Fraktion.

R. Br.

Notizen vom Parteitag

„Her mit der befreienden Niederlage“ hieß es in einem Wahlflugblatt, das besonders radikale Feder hingespritzt hatte ... „Den Knoten im Taschentuch“ nannte Hilferding den Schrei nach dem Klassenkampf. Daß man seiner nicht vergesse, deklamiert man von ihm, als wenn man der Luft vergessen könnte, solange man atmet und darum lebt... Der Korreferent ist der große Zaubertrick der Beserwesser, der Hahnenkampf der Referenten Schaustück für die Gegner. Es wäre vielleicht taktisch klug gewesen, der sogenannten Opposition eine oder gar zwei Redestunden zu geben, damit sie sich selbst den Beweis liefern konnte: wie wenig sie eigentlich zu sagen hatte... Als Opposition haben zwei Dutzend und mehr gesprochen: es war immer das gleiche. Diese Opposition ist weder Erkennen noch Wollen, nur ein Gemöchte. In ihrer Primitivität verständlich und sicherlich gutgemeint. Aber: durch Organisation zum Retorten-Embryo entartet. Viel Geschrei und keine Wolle... Der Parteitag war vielleicht langweilig; aber Langeweile ist oft nützlicher als Spritzigkeit. Frankfurt am Main, wo Marckwald scholemt, hat sechstausend Mitglieder, ein Maximum, verloren... Einige Erkenntnisse konnte man sich einfügen, andere festigten sich: Wir haben keine revolutionäre Konjunktur. Das Parlament ist der beste Erzieher zur Realpolitik.

Jedesmal, wenn die Sozialdemokratie in die Regierung ging, tat sie dies unter dem Druck der Außenpolitik. Das, was der Koalitionsgegner einem bewilligt, wird bedingt durch den Zwang, der uns in die Koalition hineindrängt. Die Unterstützung der Regierung Marx zu dem Zwecke, das Sachverständigen-Gutachten durchgeführt zu sehen, ist keine allzu fruchtbare Saat auf innerpolitische Hoffnung. Die Bourgeoisie wird nicht dadurch niedergekämpft, daß man sie zum schwarzen Mann macht. In Frankreich schlug neue Stunde, da Sozialisten in Koalition mit Bürgerlichen der Reaktion entgegentraten. In England kamen Sozialisten durch bürgerliche Hilfe ins Parlament. In Deutschland gab es einmal eine Regierung Wirth. Die Bourgeoisie ist kein unteilbares Ganzes. Sie verändert sich täglich. Aus ihr kommen dem Proletariat stündlich Zuströmungen. Der politische Kampf verlangt Elastizität... Aber auch Pathos tut ihm zuweilen gut. Dafür sorgte Wels; er gab ein weit hallendes Pauken solo zum Thema: die Partei... Die Rede Hilferdings war das Erlebnis dieses Parteitags: eine wahrhaft fruchtbare Einheit von erkennender Anschauung und nüchternem Wirklichkeitszwang. Sie gab: das politische Weltbild der Gegenwart; sie zeichnete scharf die Grenzen des Möglichen und förderte kraftvoll den Willen zu neuer, die Gegenwart überwin-

denden Grenzabsteckung. Sie leistete damit Motorisches für die Entwicklung.

R. Br.

Gewerkschaftliche Kurse

Die gewerkschaftliche Bildungsarbeit intensiviert sich. So veranstaltet in der Woche vom 16. bis 21. Juni der Allgemeine Deutsche Beamtenbund als die dritte Säule der freigewerkschaftlichen Bewegung in der Deutschen Hochschule für Politik, Berlin, einen ersten Gewerkschaftskursus.

Ueber die Geschichte der Beamtenbewegung und Gewerkschaftspraxis liest Falkenberg, über die Geschichte der Arbeiter- und Angestelltenbewegung Woldt, über moderne Verwaltungsprobleme Stadtrat Dr. Herz, über Wirtschaftsfragen, Statistik und deutsche Steuergeschichte Rud. Wissell, Dr. Cassau und Kurt Heinig. Ueber Anwaltsrecht und Beamtenrecht, Betriebs- und Beamtenräte Dr. Potthoff und Richard Seidel, über Gewerkschaftsfragen Hermann Müller-Lichtenberg und Alexander Knoll. Wirtschaftspraxis in der Beamtenbewegung behandelt Dr. Völter.

Für die Teilnehmer an diesem ersten Gewerkschaftskursus des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes bedeutet das Programm sicher eine arbeitsreiche Woche. Sie wird den Teilnehmern viel geistigen Gewinn bieten.

In wenigen Tagen erscheint:

Das Sachverständigen-Gutachten

1. Der **Text** des Gutachtens in seinen wichtigsten Teilen in gemeinverständlicher Sprache.
2. Eine wirtschaftliche und finanzpolitische **Kritik** von Rudolf Wissell, Kurt Heinig u. a.
3. **Die internationale Beurteilung des Gutachtens.**

Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW 68

Verantwortlich für die Redaktion: Arno Scholz, Berlin-Neukölln
Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68, Lindenstr. 114. Fernruf: Dönhoff 1448/1451